

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.  
Verlagskonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.  
Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Donnerstag, den 1. September 1921

Anzeigenpreise: Die Sachhaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, Sachhalten oder deren Raum im Text 8.— Mk.

## Die neue Gefahr.

Die Regierungsverordnung vom 29. August behnt den Belagerungszustand, der bis jetzt über einen Teil des Reiches verhängt war, in abgeschwächter Form auf das ganze Reich aus. Sie gibt der Beamtenschaft, den Polizeiorganen, Staatsanwälten und Richtern das Recht, Zeitungen bis auf 3 Monate einzustellen, ungeheure Geldstrafen aufzuerlegen, Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge zu verbieten, auf Gefängnisstrafen zu erkennen auf Grund eines ausgeprochenen Tendenzgesetzes.

§ 4.  
Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und Kundgebungen können außer den Fällen des Artikels 123 der Reichsverfassung verboten werden, wenn die Besorgnis begründet ist, daß in den Versammlungen usw. Erörterungen stattfinden, die zur gewalttätigen Aenderung oder Beseitigung der Verfassung oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reichs oder eines seiner Länder zu Gewalttaten gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform, zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden aufreizen, solche Handlungen billigen oder verherrlichen oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen.

Wer eine nach § 4 verbotene Versammlung usw. veranstaltet oder in einer solchen verbotenen Versammlung usw. als Redner auftritt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark und mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wer an einer solchen verbotenen Versammlung usw. teilnimmt, mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Mit der Ausführung der Verordnung sind dieselben Staatsanwälte, Richter und andere Organe beauftragt, deren sofortige Aenderung alle Arbeiterparteien und selbst ein Teil des Bürgertums verlangt. Diese Organe, deren überwiegende Mehrheit durch Tausende von Taten bewiesen hat, daß sie auf Seiten der Reaktion als wütende Feinde der Republik, als wütende Feinde der Arbeiterschaft stehen, setzt die Regierung zu Schützern der Arbeiterschaft und der Republik ein. Diese und nicht neue Organe, die die Regierung erst schaffen soll, wie die „Freiheit“ behauptet, wurden mit der Durchführung der Verordnungen des jetzt verhängten Ausnahmezustandes betraut. Die Republik schafft zu ihrer „Notwehr gegen die Reaktion“ eine scharfe und gefährliche Waffe und drückt sie den Mächten der Reaktion selbst in die Hand. Die Reaktion zur Beschützerin der Republik, die Reaktion zur Bekämpferin der Reaktion eingesetzt!

Die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften begehen Wahnsinn mit der Unterstützung dieser Verordnung. Sie muß sich gegen die Arbeiterschaft selbst richten! Der Ausnahmezustand, dessen Aufhebung in Bayern, Ostpreußen und Mitteldeutschland sie selbst verlangten. Die Regierung konnte der Reaktion durch nicht eine größere Unterstützung erweisen, als durch die Herausgabe dieser Verordnung. Denn, noch einmal sei es gesagt, die Richter und Staatsanwälte der weißen Justiz, Rahr und Stegerwald, die kapitalistischen Beamten, die Unterstützer Lubendorffs, die Feinde der Republik werden mit dem Kampf gegen die Reaktion betraut, und dazu drückt man ihnen ein stahlhartes Schwert in die Hand, das sie dem Gesetze nach auch gegen die Arbeiterschaft, auch gegen die Republik richten dürfen. Wahnsinnig ist der, der nicht erkennt, daß sie mit diesem Schwert für die Reaktion gegen das Proletariat, gegen die Republik kämpfen werden.

Schon hat das die Reaktion erkannt. „Wir enthalten uns jeder Kritik“, auf die Durchführung kommt es an“, die preussisch-deutschen Richter werden nicht gewissenlos genug sein, diese Verordnung gegen die nationalgefeimten Männer anzuwenden“, „Einstellung der kommunistischen, unabhängigen, sozialdemokratischen Blätter dafür, daß sie die Rahr-Regierung verächtlich zu machen wagen“, „Prozeß gegen den Unabhängigen Rosenfeld!“, „Verbot aller kommunistischen Versammlungen“, „Verbot der Arbeiterdemonstrationen!“ usw. usw., so schallt es heute aus der reaktionären Presse zurück. Mit diesen Aufforderungen wendet sie sich an ihre Freunde in den Kammern der Republik, die die Macht zur Erfüllung dieser Forderungen erhalten haben. Wer zweifelt, daß diese ihnen nicht zu Willen sein wollen?

Versuchen werden sie es. Ob es ihnen gelingt, das hängt von der Arbeiterschaft ab. Die Regierung wollte die Arbeiterschaft durch diesen Erlaß beruhigen, aber sie erhöhte die konterrevolutionäre Gefahr. Denn jetzt sind die Arbeiter durch die Regierung gezwungen worden, mit umso größerer Leidenschaft, mit umso unmagiebigere Beharrlichkeit auf der Durchführung ihrer Forderungen zu beharren. hinaus mit den reaktionären aus allen Kammern der Republik! Die Waffen müssen ihnen aus der Hand gerissen werden!

Daß, was die Regierung, als bürgerliche Regierung, zu tun imstande ist, hat sie nun bewiesen. Statt Schwä-

# Berschmettert die Reaktion!

Heute demonstrieren in ganz Deutschland die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die gesamten werktätigen Massen gegen die strengen Mordbänden und Mordparteien der Konterrevolution. Sie werden in einem Massenaufmarsch, wie ihn Deutschland seit den Kapptagen nicht mehr gesehen hat, ihren Willen bekunden, mit jenen abzurechnen, die ihr schrankenloses Willkürregiment, das Regiment des Säbels und der Knute aufzrichen wollen, die selbst die bescheidensten Arbeiterrechte aufheben wollen, um den werktätigen Massen die ganzen ungeheuren Lasten des verlorenen Krieges aufzubürden.

Die gewaltige wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die Eringung und Sicherung des Säkularisten, was zum Leben notwendig ist, ist durch den deutschen nationalen Schuß auf Erzberger in eine ebenso gewaltige politische Massenbewegung umgeschlagen. Die Konterrevolution selbst, die mit politischen Mitteln auf den Kampfplatz trat, die der monarchistischen Hebe zahllose monarchistische Kundgebungen, den Kundgebungen den politischen Mord an den politischen Führer der „Ausgleichs“-Parteien folgen ließ, hat diesen Umschlag herbeigeführt. So wie die Konterrevolution heute nicht nur mehr wirtschaftliche Forderungen stellt, die Forderung des Lohnabbaus, der Verschärfung der Ausbeutung durch Aufhebung des Achtstundentages, sondern die Beseitigung aller politischen Arbeiterrechte, die Diktatur des brutalsten Teiles der Bourgeoisie über die gesamte Bourgeoisie, das Kleinbürgertum und die Arbeiterklasse zu ihrem Programm erhebt, so fordert heute die Arbeiterklasse nicht nur mehr die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz vor der verschärften Ausbeutung, sondern sie fordert

politische Garantien gegen die konterrevolutionäre Gefahr,

und sie ist gewillt, sich durch die eigene Tat diese politischen Garantien zu schaffen.

Ist die Regierung Wirth imstande, den werktätigen Massen diese Garantien zu geben, ihnen die Gewähr zu bieten, daß sie nicht binnen kurzem der Konterrevolution gefesselt zu Füßen liegen werden? Nein und abermals nein! Mag die Regierung zehnmal um ihre Existenz zittern, mag sie zehnmal gewillt sein, den Vormarsch der Konterrevolution einzudämmen — nicht auf den Willen kommt es an. Die Schaffung der politischen Garantien gegen die Konterrevolution ist eine Machtfrage. In sämtlichen ausführenden Organen der demokratischen Republik, in Verwaltung, Justiz, Reichswehr, Schups stehen reaktionäre an der Spitze. Das eben ist das Wesen der halben Revolution, die die November-Revolution nur gewesen ist, daß nur die Fassade des Staates geändert, der alte reaktionäre Unterdrückungsapparat geblieben ist. Will die demokratische Republik gegen die Konterrevolution vorgehen, so ist sie mit Ohnmacht geschlagen.

Die Regierung Wirth hätte nur eine Möglichkeit, der Konterrevolution entgegenzutreten: Das wäre

die Durchführung der Reaktion eine Verordnung, die ihr neue Kräfte zuführt. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Wenn die Verordnung von der Justiz in ihrem inneren Sinne umgehoben wird, wenn ein deutschnationales Richterium sie als Mittel benutzt, um massenhaft Kommunisten ins Gefängnis zu werfen, Rechtsbolschewiken aber wegen „idealer Gefühlsregung“ (vgl. Lebus, Olmwig v. Hirschfeld usw.) freizusprechen oder zu lächerlich geringen Strafen zu verurteilen, dann ist sie ein Schlag ins Wasser, dann wäre besser, man hätte sie nie erlassen.“

Die „Freiheit“ zeigt sich weniger beunruhigt, da sie der Illusion von neuen republikanischen Organen, die mit der Durchführung der Verordnung betraut werden sollen, nachgeht.

Selbst das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

Es darf nicht geschehen, daß diese Waffe gegen die Reaktion wieder so leicht gehandhabt wird wie im vorigen Jahr die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, die sich gegen die offene Gehorsamsverweigerung der Freikorps richtete und die dann im wesentlichen dazu gedient hat, einige Kommunisten zur Strecke zu bringen.

Selbst der „Börse-Kurier“ sagt, daß er skeptisch sei in bezug auf die Durchführung der Verordnung durch die jetzigen Staatsorgane.

Die „Berliner Volkszeitung“:  
„In sich bedeutet die Verordnung der Regierung nichts anderes als die Verherrlichung des bisherigen bayerischen

der Appell an die Aktion der werktätigen Massen selbst.

Nur wenn sie die werktätigen Massen selbst aufriefe und ihnen alle möglichen Erleichterungen gewährte, um die Auflösung und Entwaffnung der konterrevolutionären Formationen und die systematische Säuberung von Verwaltung, Justiz und Reichswehr von den reaktionären Elementen vorzunehmen, könnte sie die reaktionäre Gefahr bannen. Statt dessen erläßt die Regierung eine Verordnung, die nicht die Arbeiterklasse, nicht die werktätigen Massen, sondern die monarchistische Staatsorgane mit dem Schutz der Republik betraut. Statt der Aktion der Arbeiterklasse freie Bahn zu schaffen, statt sie zu fördern und zu unterstützen, drückt die Regierung selbst der Reaktion die Waffe in die Hand, um auf verfassungsmäßigem Wege, unter republikanischem Deckmantel den Ansturm der Arbeiterklasse zu brechen.

Anders als für die Regierung Wirth liegen die Dinge für den Allgemeinen Gewerkschaftsbund und die beiden sozialdemokratischen Parteien, auf die die Regierung Wirth sich stützt. Sie sind Arbeiterorganisationen, sie sollen die Arbeiterinteressen vertreten. Für sie kommt es nicht auf die Erhaltung der Existenz der Regierung an, sondern auf den

Schutz der Arbeiterklasse vor der Anbelung durch die Konterrevolution.

Die Rechtssozialisten haben bereits mit der Sprengung der Regierungskoalition gebrocht, wenn die Regierung sich nicht zu wirklichen Maßnahmen gegen die Reaktion aufraffe. Sie fordern, und die Unabhängigen mit ihnen, den Rücktritt der preussischen Regierung Stegerwald und das Eindringen der sozialdemokratischen Parteien in die preussische Regierung. Alle Veränderungen an der Spitze der Verwaltung haben für die Arbeiterklasse nur einen Sinn, wenn gleichzeitig

der gesamte Verwaltungsapparat von unten von den Reaktionären gesäubert wird.

Sozialdemokratische Regierungen mit einem reaktionären Verwaltungsapparat sind genau so ohnmächtig gegen die Reaktion, wie jetzt das Kabinett Wirth. Das haben die sozialdemokratischen Regierungen der Revolutionszeit, die die Konterrevolution bis zu ihrer heutigen Stärke emporgespäpelt haben, für jeden Arbeiter unwiderleglich bewiesen.

Jetzt muß ganze Arbeit gemacht werden! So hat es die Arbeiterklasse aller Parteien gelobt. Dies Wort darf nicht zur Phrase werden. An den gewerkschaftlich organisierten und den sozialdemokratischen Arbeitern ist es, dafür zu sorgen, daß ihre Organisationen nicht erlahmen, daß die ganze Stoßkraft ihrer Organisationen gemeinsam mit der unseren zur Niederdrückung der Reaktion eingesetzt wird. Die Arbeiterklasse kann sich nicht mit einem faulen Kompromiß abfinden lassen, sie kann nicht eher ruhen, bis die Konterrevolution aus allen Machtpositionen verdrängt und endgültig zu Boden geschlagen ist.

Ausnahmezustandes auf das Reich. Es wäre verhängnisvoll, wenn die unteren Organe oder die Länderregierungen nun etwa diese Waffe benutzten, um ihr Mitleiden erneut an den Kommunisten zu läßeln. Der Aufruf der Reichsregierung ist ja gewissermaßen eine Generalanweisung an die Verwaltungsbehörden. Will die Regierung mit harter Hand diesem Treiben entgegenreten, wie sie verstanden, so muß sie auch nicht den leisesten Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sich der Erlaß nicht gegen die kommunistischen Sünderen, sondern gegen die fürchtbare Gefahr von rechts richtet. Die Reichsregierung muß ferner unbedingt die Bayerische Rahr-Regierung zwingen, die Verordnung im Sinne des Reiches anzuwenden.

Die „Vossische Zeitung“ lügt von Provokationen, die die Kommunisten herbeizuführen beabsichtigen.

Die Regierung hat nicht Mittel zum Schutz der Republik. Denn ihre Organe sind ihre Feinde. Wie kann die Regierung diese Organe wirksam verändern, hinter denen eine bewaffnete legale und illegale Macht steht, die solange stark ist, als die Arbeiterschaft zerrissen und schwach ist?

Die Arbeiterschaft schließt sich zusammen. Ihre weitesten Schichten wissen es: Jetzt müssen der reaktionären Hydra die Köpfe abgeschlagen werden! Die Regierung hat bewiesen, daß sie ohnmächtig ist gegen die Mordbände. Die Verordnung ist eine Fanfare, die die noch Illusionen nachhängende Arbeiterschichten auf

das Kammerrecht rufen muß. Die Regierung hat versagt. Jetzt rückt die Arbeiterschaft geschlossen auf. Nichts darf ihnen geschlossenen Aufmarsch bereiten. Nicht früher wird der Kampf beendet, bis die legale und illegale Reaktion entwaffnet und aus allen Nachstellungen verdrängt ist, bis die Forderungen der Arbeiterschaft durch ihre eigene Tat erfüllt sind.

### Die Gewerkschaften für die Bielefelder 8 Punkte.

Am Montagmorgen fand im Reichstanzlerhaus eine Besprechung des ADGB, des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und des VFA-Bundes mit dem Reichstanzler statt. Gleichzeitig waren Vertreter der SPD und der USV eine Stunde vorher zu Besprechungen beim Reichstanzler erschienen.

Die von den Gewerkschaften und den Vertretern der beiden Parteien der Regierung vorgelegten Forderungen sind gleichartig und enthalten im wesentlichen folgende Punkte:

Ein energisches Durchgreifen gegen die überhandnehmenden Provokationen der Rechten gegen Republik und Demokratie, ein Verbot jeder antirepublikanischen und antidemokratischen Propaganda in der Reichswehr und rücksichtslose Ahndung des Uebertretens dieses Verbots, eine durchgreifende Forderung gegenüber dem bisherigen Verhalten der Justiz in politischen Prozessen. Scharfe Maßnahmen gegen die zu politischen Morden auffordernde Reichspress. Eine Änderung der verfassungswidrigen politischen Zustände in Bayern. Eine gründliche Umgestaltung des Verwaltungs- und Justizwesens. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Mitteldeutschland und Ostpreußen.

Die Arbeitervertreter erklärten, daß die Ermordung des Abgeordneten Gareis in München bis heute noch ungeklärt sei. Gegen Handlungen des Hochverrats, soweit sie von rechts kämen, seien die Organe der Justiz gar nicht oder nur mit außerordentlicher Milde vorgegangen. Vor allen Dingen wurde festgestellt:

daß die am 20. März 1920 zur Sicherung der Republik getroffenen Vereinbarungen (8 Punkte) bis heute unerfüllt geblieben seien.

Es wurde deshalb an den Reichstanzler die dringende Anforderung gerichtet, zur Beseitigung dieser Zustände in schärfster Weise durchzugreifen.

Der Reichstanzler erklärte in seiner Erwiderung, daß er die von den Vertretern der Gewerkschaften vorgebrachten Besorgnisse teile. Die erlassene Verordnung halte er für geeignet, den erhöhten Misständen nachdrücklich zu Leibe zu geben. Wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, die er auch für wünschenswert halte, sei mit den betreffenden Ländern in Verbindung zu treten. Die hinsichtlich der Reichspressung gegebenen Anordnungen würden Gegenstand einer bevorstehenden gesetzgeberischen Maßnahme sein. Der Reichstanzler behielt sich vor, den Vertretern der Gewerkschaften über die Wirkung der getroffenen Maßnahmen in den nächsten Tagen eine Mitteilung zukommen zu lassen.

Die Antwort des Reichstanzlers ist eine ausweichende. Er hat es vermieden, irgend etwas auf die Erwähnung der schon im März 1920 zugesagten 8 Punkte zu erwidern. Die Arbeitervertreter dürfen sich nicht mit nachlässigen Versprechungen abfinden lassen. Den Vertretern nach haben die Gewerkschaftsführer keine Garantien dafür erzielt, daß die erlassenen und zu erlassenden Verordnungen nicht in der Hand reaktionärer Beamte zu Waffen der Monarchisten gegen die Arbeiterschaft werden. Diese Gefahr ist vorhanden.

### Generalfest in Jauerburg.

Königsberg, den 29. August.

In Jauerburg hielt am Sonntag der „Heimatverein“ eine Tannenbergsfeier ab, während gleichzeitig die sozialistischen Parteien eine Kundgebung gegen Brotmangel und Kriegsheer veranstalteten. Von dieser Veranstaltung kommende Arbeiterzüge versuchten den Tannenbergszug zu durchbrechen, waren sie durch Schutzpolizei gehindert wurden. Später ereignete sich jedoch zwischen den sozialistischen Demonstranten und Schutzpolizei, wobei es auf beiden Seiten eine Anzahl von Verletzten gab. Die Gewerkschaften verurteilten infolge der Vorgänge den allgemeinen Ausstand.

### Ein Stahlhelm-Kummel in Halle von Arbeitern geiprengt.

In der Nacht zum Sonntag hatte Oberpräsident Köpfig den dem Stahlhelm angehörenden Ludwig Kummel der von drei sozialistischen Parteien angeführten Gegen demonstrationen verboten. Trotzdem kam es am Sonntag in Halle zu verschiedenen Zwischenfällen. Nach einer Massenversammlung im Volkshaus gegen einige tausend Arbeiter zu der „Reichshalle“, in der der Kriegsveteran von Halle-Gröllwitz sprach. Der Zug führte in die Reichshalle und rief die schwarz-weiß-rosen Fahnen herab. Die Soldaten führten sich auf die Kriegsveteranmitglieder, und es kam zu einer großen Schlägerei, in deren Verlauf mehrere Personen schwer verletzt wurden. Ein hartes Angebot von Schutzpolizei verprellt schließlich die Demonstranten.

Am Montagmorgen kam es vor den Häusern, von denen außerhalb der Stadtgrenzen Kummel'sche Häuser hängen, zu Massenschüssen. Eine große Arbeitermenge, die sich vor den Häusern versammelt, verlangte die Entlassung dieser Häuser und holte sie schließlich mit Hilfe von Feuer und Stangen herunter und zertrümmerte sie auf der Straße. Bis fünf Uhr morgens wurden die Häuser zerstört.

### Die blutige Bannerweihe in Halberstadt.

Halberstadt, Bez. Magdeburg, 29. August.

Geräte fand in Halberstadt eine Schirmung der SPD von Halberstadt und Umgebung auf dem Marktplatz statt, in der unter anderem, Gesetze, Sozialrat, usw. zu gleicher Zeit herabgelassen der Stahlhelm eine Bannerweihe feierte und dies gegen in geschlossener Formation von Marktplatz aus durch den Dr. Als die Arbeiterschaft von Halberstadt und Umgebung gegen das provokatorische Verhalten des Stahlhelms demonstrierte, löste der mit Gewehr und Knüttel bewaffnete Stahlhelm-Mitglied in die unbewaffneten, demonstrierende Menge hinein. Vier Arbeiter wurden durch Knüttel schwer verletzt, darunter einer tödlich. Große Schaulust wurde durch einen Brandstiftung hervorgerufen.

### Das durch Arbeiter veränderte Regimentsfest in Halberstadt.

Halberstadt, 29. August.

Gegenüber einem Regimentsfest der ehemaligen 1. (Seydlitz-) Kürassiere kam es hier zu schweren kommunistischen Ausschreitungen. Den Anlaß hierzu soll eine von einem Obersten gehaltenen Rede gegeben haben. Um die Mittagzeit, als nur vereinzelte Personen im Festsaal anwesend waren, erschienen etwa 200 Kommunisten und riefen große Verwüstungen an. Die Schuppa stellte die Ruhe wieder her. (Die Nachricht von den kommunistischen „Verwüstungen“ ist natürlich ebenso erlogen, wie die von dem „Flünderungsversuch“ im Potsdamer Schloß.)

### Cettow-Vorbed aus Neuhaldensleben hinausgejagt.

Magdeburg, 29. August.

Trotz der bisherigen Erfahrungen mit der Arbeiterschaft verbot General von Cettow-Vorbed in Neuhaldensleben einen Kriegsvortrag zu halten. Die Arbeiter hatten aber bereits längere Zeit vor Beginn der Versammlung zu Hunderten den Saal besetzt und zum Versammlungsort demonstrierte eine große Menschenmenge, so daß General von Cettow-Vorbed unverrichteter Sache abziehen mußte. Die Versammlung wurde abgefragt.

### Graf Westarp von den Dessauer sozialdemokratischen Arbeitern am Sprechen verhindert.

Heute Abend sollte in einer von den deutschnationalen angeführten Versammlung der deutschnationale Führer Graf Westarp über die politische Lage sprechen. Die mehrheitssozialdemokratisch organisierte Dessauer Arbeiterschaft, die in diesem Vorgehen angegriffen wurde, durch die Ermordung Erzbergers hervorgerufenen erregten politischen Lage eine starke Protestation erließ, hatten schon zwei Stunden vorher den großen Saal im Kristallpalast besetzt. Graf Westarp, der das erfahren haben mußte, wählte den besseren Teil der Tapferkeit und erschien gar nicht. Die Sozialdemokratie benutzte die Gelegenheit, um ihrerseits eine große Massenprotestversammlung wegen der Ermordung Erzbergers in demselben Saal zu veranstalten. In scharfen Worten wurde gegen den politischen Mord protestiert, mit dem die deutsche Republik zur Strecke gebracht werden soll. Die Reaktion werde aber die geschlossene deutsche Arbeiterschaft, von Mehrheitssozialisten bis zu den Kommunisten, geeint finden, um den geplanten Anschlag mit allen Kräften abzuwehren.

### Das Erwachen in der Sozialdemokratie.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ schreibt unter dem Titel: **Denkte auf!**

Die Revolvergeschüsse, die Erzberger niederstreckten, und der Mordanschlag, der durch das bisher so widerlich langmütige und lammesgeduldige republikanische Deutschland geleitet, führen den Leuten ein Heißes in die Knochen. Bei dem Gedanken und der Herrschsucht dieser Leute wäre es jedoch nicht, wollte man auf Selbstbestimmung und Gerechtigkeit rechnen. Wir sagen: die Ermordung Erzbergers und ihre politischen Folgen sind ein unumkehrbares Verbrechen, das den deutschen Arbeiter und den kommunistischen Massen zum blutigen Anruf.

Die Linksparteien können nicht schämsmäßig zusehen, bis der letzte Führer angefallen ist. Wir wissen, daß dieses Deutschland, wie es sich in Swinemünde und sonstwo breit macht, wenn es wieder zur Herrschaft kommen sollte, den „Ruhm“ Horthy-Ungarns weit in den Schatten stellt. Mit dem Stöhnen würde die Auswahl unter uns getroffen, so wie es Galt auf der Straße von Paris nach Versailles mechte.

Wir haben — die kommende, nicht gewollte — Revolution an die Wand gemalt — als Warnung. Wir sagen heute zum drittenmal: es soll sich doch um Deutschlands Willen niemand täuschen um die zunehmende Spannung, unter der augenblicklich der politische Gegenstand steht.

Die wirtschaftliche Situation ist über alle Maßen gefährlich.

Es ist fatal, selbst die „Ordnungszelle“ Bayern ist zu Ende mit ihrem Lenin, Polizeistaat, Knüttel und Ausnahmezustand — das sind die Mittel für den „letzten Wiederanlauf“, den Dr. Heim einmal im Reichstag forderte. Die Revolte des Gegenstandes macht aus den Feindern ein Gewirr unauflösbarer Probleme. In die bis zum Blasen gespannte politische Atmosphäre tragen nun die Schritte deutschnationaler Revolverhelden. Die Arbeiter fragen erkümmert: werden wir zusammen mit der deutschen Republik verurteilt? Siehe die riagungs!

Wir rufen: Denkte auf! Kein Jäger! Entschlossene Leute! Nicht Waidloden, sondern Reformen, länger überfällige Reformen! Der Reichstanzler hat eine Verordnung erlassen zum Schutz der Republik. Gut so, aber

aus fehlt der Glaube, daß mit dieser Verordnung ein wirklicher Schutz der Republik geschaffen wird. Es verlannt, die Gewerkschaften können auf die 8 Punkte aus den Tagen des Kampfes zurück.

Na, hätte man damals den Willen der republikanischen Arbeiter erfüllt, dann hätte heute nicht der Feind der Republik, die antirepublikanische Reichspress, die Organe der Republik aufbehalten, gegen die Verteidiger der Republik im Interesse der öffentlichen Ordnung eingeschritten. Es gibt keine Rufe und keine Siderheit für die Republik, wenn nicht ein gesundes Bewußtsein der Kräfte in Verfassung, Justiz, Reichswehr in allen Organen des Reiches auf der Hand hergeführt wird. Man erzählt sich, daß die Prämierung der Reichswehrangehörigen zu 90 Prozent deutschnational ist. Wenn eine Prämierung aufgestellt würde über die Zugehörigkeit der Beamten in den Staatsämtern zu den verschiedenen Parteien, dann würde sich bald in Deutschland kein Arbeiter mehr wachern, daß es bei uns so ungesund, wie es zugeht. Die Arbeiterschaft wird sich diesem nicht wieder mit Verlogenheit abgeben lassen. Wenn man ihr die Männer, auf die sie verlassen ist, wegträgt, dann werden sich die Waidloden und ihre Freunde und Helfer nicht wundern, wenn für den Verlust die Arbeiter andere Garantien verlangen.

### Gemeinsame Kampffront der Chemnitzer Arbeiterschaft. Die Forderungen der SPD, USPD, GPD, ADGB und VFA.

Der „Kämpfer“ veröffentlicht heute einen gemeinsamen Aufruf der drei Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und der VFA, zu einer Demonstration, Mittwoch 3 Uhr mit folgenden Forderungen:

- Rücksichtsloses Vorgehen gegen die Insterrebellanten Waidloden und die Fiebermänner,
- Freilassung der politischen Gefangenen,
- demokratische Organisation der Reichswehr und Entlassung der Insterrebellanten Elemente aus den kriegsbedingtenstellungen,
- Entziehung der Verfassungsgewalt des Reichs und der Einzelstaaten aus reaktionären Elementen,
- Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter,
- Organisation der Reichsjustiz auf Grundlage der Richterwahl des Volkes.

### Drohnote des Bürgerlats an die Regierung.

Der Präsident des Reichsbürgerrates, von Loebeck, hat an den Staatskommissar zur „Überwachung der öffentlichen Ordnung“ ein Schreiben gerichtet, in dem zu dem Erzbergerartikel der „sozialistischen Korrespondenz“ (veröffentlicht in der Morgenausgabe der „Noten-Zahne“ vom 27.) Stellung genommen wird. In dem betreffenden Artikel werde ein „Gegensatz zwischen Bürgerlats und Arbeiterschaft“ konstruiert mit dem Zweck, die „politischen Unruhen in Deutschland ganz erheblich zu vermehren“. Besonders der Satz:

„Das ist der Dank der diehisch und schamlos gekauften Proletarier, die im November 1918, als die Kanaille der Rechtsparteien sich vertrat, die Schuldigen nicht an die Wand stellen, wie sie es verdienen.“

hat es dem Reichsbürgerrat angetan. Der Spitzchef Weickmann wird aufgefordert, die Wiederholung derartiger Äußerungen in der deutschen Presse zu „verhindern“.

### Keine Begnadigung der Märzkämpfer.

Die Reichspress verbreitet in letzter Zeit systematisch Nachrichten, daß die gegen die Märzkämpfer ausgesprochenen Urteile nicht vollstreckt werden. Hierzu wird den P. R. A. von zuständiger Stelle geschrieben:

Ueber die Zahl und den Umfang der Gnabenerweise bei den durch die außerordentlichen Gerichte des Reichs erkannten Zuchthausstrafen gehen Mitteilungen durch die Presse, die den Eindruck erwecken, als ob fast ausnahmslos die Zuchthausurteile im Gnabenerweise aufgehoben würden. Diese Mitteilungen sind irreführend. Insbesondere muß es zu falschen Schlüssen über den Umfang der erfolgten Gnabenerweise im Ganzen führen, wenn lediglich eine Anzahl von Fällen, wie sie einem einzelnen Beobachter bekannt geworden sind, zur Beurteilung herangezogen wird. Eine abschließende Ausstellung über das Ergebnis der im Reichsjustizministerium vorgenommenen Prüfung der erkannten Zuchthausstrafen ist noch nicht möglich, da die Prüfung noch nicht beendet ist. Jedenfalls sind Gnabenerweise bei weitem nicht in dem Umfang erfolgt, auf den die in die Öffentlichkeit gelangten Nachrichten schließen lassen könnten. Nach Abschluß der Prüfung wird dem Reichstag eine Zusammenfassung darüber zugehen, inwiefern von dem Gnabenerweise Gebrauch gemacht ist.

Die Arbeiterschaft darf deshalb auf keinen Fall in ihrem Kampf um die Entlassung der politischen Gefangenen durch Schwindelnachrichten der bürgerlichen Presse über vollkommene Begnadigung der politischen Gefangenen sich irreführen lassen, sondern muß ihn mit doppelter Energie fortführen.

### Orgehsput im Leinetal.

Aus Alfeld in Niedersachsen wird uns geschrieben: Im ganzen Bereich des Truppenübungsplatzes Münstertal, also unter den Augen und dem Schutze der „republikanischen“ Reichswehr, tritt die Orgehs täglich frecher hervor. In Göttingen, wo die reaktionären Studenten wöchentlich zweimal zum Scharschießen auf den Militärstand geführt werden, in Braunschweig, Peine, Mernburg, Hannover-Land und Hildesheim machen sich die Gimbodnerwehren und andere Orgehs-Formationen so aufdringlich bemerkbar, als ob jeden Tag ein neuer reaktionärer Putsch zu erwarten stünde. Am verdächtigsten sind die Vorgänge, die sich in letzter Zeit im Leinetal abspielen. Es finden dort militärische Übungen der Orgehs in größtem Maßstab statt. Von Alfeld aus horte man in den letzten Nächten heftiges Maschinengewehrfeuer in der Richtung auf Göttingen, das durch Leuchtsignale vom Alfelder Kirchurm aus dirigiert wurde. Gleichzeitig war in der sonst so stillen Gegend ein unheimlicher Automobilverkehr festzustellen. In einer einzigen Stunde wurden 22 Automobile gezählt. Einige Tage zuvor fuhr sogar ein besserer Wagen mit einer Fliegerabwehrkanone durch Alfeld. Nach zuverlässigen Feststellungen ist das ganze Leinetal mit reaktionären Waffenlagern besetzt.

Das Leinetal, das durch seine ganze Lage für die Wand der Orgehs besonders geeignet erscheint, ist die Brücke zur Verbindung von Mittel- und Norddeutschland mit Bayern. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die militärischen Vorbereitungen im Leinetal von Bayern aus getroffen werden, um für die Orgehs ein bequemes Aufmarschgebiet zu erhalten.

### Die Orgehs im besetzten Gebiet.

Zur besetzten Gebiet sind die nationalistischen Ordnungshelden in ihrem Treiben etwas behindert. Doch sie wissen sich zu helfen. Sie verlegen ihre militärischen Operationen in das „neutrale Gebiet“. Im Rheinland haben sie Königswinter zu ihrem Sammelplatz erkoren. Unter Leitung früherer Offiziere werden dort auf der Spitze des Berges Schleichpatrouillen aufgestellt. Sammel- und Sturmsignale ausgegeben und mit Hurraufen selbstgebaute Festungen gesäumt. Man sieht aus diesen Berichten, mit welcher Raffinesse die Patentreuzler alle Vorbereitungen zum Bürgerkrieg treffen. Noch haben große Teile des Proletariats den Ernst der Stunde nicht begriffen, das ungenierte Treiben der Reaktionäre muß ihnen die Augen öffnen.

### Der Völkerrundrat und Oberschlesien.

Die erste Sitzung des Völkerrundrates ist von dem Vorsitzenden, Reichsminister Jübi, am Dienstag früh 10 Uhr anberaumt worden. Frankreich wird durch Bourgeois, England durch Balfour vertreten sein. Der Bericht Jübis über die ober-schlesische Frage ist fertiggestellt. Er befindet sich im Druck und wird morgen nach der Verlesung in der Sitzung des Rates auch der Presse mitgeteilt werden.

Ueber die Ansichten dieser Sitzung meldet Reuters, daß eine Uebereinkunft schwer erzielt werden würde und man wahrscheinlich zu einem Kompromiß gelangen dürfte. Dieses Kompromiß wird das Stückland sein müssen, das gleichzeitig Lubendorff und Korjant, gleichzeitig Poinecaré und die englischen Handelsleute befriedigen soll. Die Ereignisliche Zielung wieder bedeuten gefährlich. Schon ist in den englischen, französischfreundlichen Blättern eine deutliche Schwärzung zu beobachten. Die „Times“ schreibt über die durch die Ermordung Erzbergers in Deutschland geschaffene Lage:

„Die Ermordung bringe der Welt plötzlich in Erinnerung, daß Deutschland in einer dauernden Krise lebe. Trotz der Wiederholung der wirtschaftlichen Sanktionen seien die Ursachen der inneren Unruhen in Deutschland nicht beseitigt worden. Die Militärischen und kommunistischen bereiten sich, unbeeinträchtigt durch ihre bisherigen Misserfolge, auf eine neue Aktion vor. In der Zwischenzeit mühen die Militärs wachsam sein.“

Die französischen Blätter sind bedeutend unzufriedener geworden. In großer Aufmerksamkeit bringen sie Berichte über die deutschen werkschaftliche Kundgebungen, der „Temps“ schreibt:

# Ausland.

## Monarchistische Hochflut auch in Oesterreich.

(U.) Wien, 29. August.

Von besonderer Seite wird berichtet, daß die monarchistische Propaganda in der letzten Zeit besonders stark und mit erheblichen Geldmitteln betrieben wird. In Wien glaubt man, daß die durch Frankreich unterstützte Militärlehre Kaiser Karls sicher ist, daß aber Kaiser Karl kurz nach seiner Wiedererhebung zu Gunsten seines Sohnes auf den Thron verzichten werde.

## Für die proletarische Einheitsfront in Frankreich.

Paris, 29. August.

Der Kampf des französischen Proletariats zur Abwehr des Lohnabbaus nimmt immer größeren Umfang an. Der Streik im Norden des Landes breitet sich aus. Ein zentrales Streikkomitee für das ganze Gebiet ist geschaffen worden. Ebenso ist der Streik im Elsaß im Wachsen begriffen. Ferner ist ein Konflikt in Paris ausgebrochen. Die 30 000 fäbischen Werkschreiber hatten eine Lohnerhöhung gefordert und die Stadtverwaltung hatte sie bewilligen müssen. Nun hat aber die Regierung des Herrn Briand ihre Zustimmung dazu verweigert. Die Erregung der Pariser fäbischen Arbeiter ist groß. Auch im französischen Bergbau ist ein Konflikt ausgebrochen. In Louvoing demonstrierten 12 000 freitende Arbeiter. In „L'Internationale“ weist Genosse Renaux darauf hin, daß es sich um eine Krise der gesamten französischen Wirtschaft handelt, die immer ernster wird. Das Unternehmertum plant eine allgemeine Offensive gegen die Löhne der Arbeiterschaft. Dieser Aktion des Unternehmertums muß unbedingt eine einheitliche Abwehraktion der Arbeiterklasse entgegen gesetzt werden. Es wird an der Gewerkschaftsbürokratie liegen, ob diese Einheitsfront zustande kommt, aber ob die Antierdamer Gewerkschaftsbeamten es vorziehen, gerade in dieser kritischen Stunde die wirtschaftlichen Kampfgewaltigen des französischen Proletariats zu zerschlagen.

## Die Kommunisten Italiens für die proletarische Einheitsfront.

Turin, 29. August.

Die Arbeitslosigkeit in Italien wird immer stärker. Am 1. Mai d. J. gab es in Italien 200 000 arbeitslose Männer und 50 000 arbeitslose Frauen, also zusammen 250 000. Bis zum 1. Juli war die Zahl der Erwerbslosen auf 388 000 angewachsen, davon 308 000 Männer und 80 000 Frauen. Am größten ist die Zahl der Erwerbslosen in der Landwirtschaft Venetiens mit 108 000, es folgt die Lombardei mit 92 000 und Piemont mit 52 000.

Angeichts der rücksichtslosen Offensive des italienischen Unternehmertums gegen die Lebenshaltung des Proletariats haben die italienischen Kommunisten es für ihre Pflicht gehalten, eine proletarische Einheitsfront in Italien zu schaffen. Die italienischen Kommunisten forderten die übrigen proletarischen Organisationen des Landes auf, sich zusammenzuschließen und folgende fünf Punkte durchzusetzen:

1. Aufrechterhaltung des Achtstundentages.
2. Kein weiterer Lohnabbau.
3. Keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Kleinbauern
4. Angemessene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.
5. Wahrung der Rechte der Gewerkschaften.

Zur Sicherung dieser fünf Forderungen forderte die kommunistische Partei die übrigen Organisationen auf, unter Umständen in den Generalstreik zu treten. Mit Absicht hatten sich die Kommunisten bei dieser Aktion streng auf dem gewerkschaftlichen Gebiet gehalten. Sie hatten keine politischen Forderungen im engeren Sinn aufgestellt, und der Aufruf erging auch formell von der Gewerkschaftsabteilung der kommunistischen Parteileitung Italiens. Die Einheitsfront ist aber zunächst an der Forderung der sozialistischen Führer Italiens gescheitert. Die Führer des italienischen Gewerkschaftsbundes haben die einheitliche Aktion abgelehnt, d. h. sie wollen sich weiter auf isolierte Kämpfe in den einzelnen Industrien beschränken, wobei den Arbeitern die Niederlage so gut wie sicher ist. So haben bereits die italienischen Holz- und Textilarbeiter sich dem freien Unternehmertum beugen müssen, weil sie isoliert in Aktion traten. Leider haben auch die italienischen Sanitätlichen nicht mehr Verständnis gezeigt, als die sozialistischen Gewerkschaftsbürokraten. Die Leitung der sozialistischen Union Italiens erklärt, sie wolle erst einen Beweis dafür sehen, daß der italienische Gewerkschaftsbund wirklich kämpfen werde, und dann würden sie ebenfalls sich der Bewegung anschließen. Aber durch eine solche ausweichende Antwort dienen die italienischen Sozialisten der Sache der proletarischen Einheitsfront nicht. So sehen wir, wie in Italien so gut wie in Deutschland die Kommunisten es sind, die zur Bildung der Einheitsfront des kämpfenden Proletariats rufen und diese Einheitsfront wird auch allenthalben trotz Unverständes und Sabotage gewisser Führergruppen zur Wahrheit werden.

## Bergarbeiteraufstand in Nordamerika.

Gegen die rücksichtslose Einnahme des Unternehmertums hat das organisierte Proletariat in West-Virginia den Kampf aufgenommen und setzt den bewaffneten weißen Banden ebenfalls bewaffneten Widerstand entgegen. Die bürgerliche Nachrichten-Agentur „Central News“ berichtet darüber aus New York:

In West-Virginia ist tatsächlich der Bürgerkrieg. Das Kriegsministerium hat sofort Schritte getan, um gemäß einem dringenden Hilgesuch des Gouverneurs von West-Virginia die Ordnung wiederherzustellen. Der Gouverneur meldet, daß eine bewaffnete Schar von mehreren Tausend Männern aus dem Kohlenberggebiet von Mingo gegen Charleston marschiert. Die Aufständischen zerschneiden die Telegraphenbrüche, halten Eisenbahnzüge auf und suchen die Hauptstadt des Staates zu erobern. Der Gouverneur bittet dringend um die Entsendung von Truppen mit Maschinengewehren und drahtlosen Apparaten. Die Lage wird als außerst ernst angesehen.

Dieser Bericht ist eine bössartige Entstellung der Tatsachen. Es wird verschwiegen, daß die Arbeiter in West-Virginia nur zu den Waffen gezwungen haben, um ihre Existenz gegen die Weisgardisten zu sichern.

## Herabsetzung der Löhne der holländischen Transportarbeiter.

(U.) Amsterdam, 29. August.

Die Löhne der Transportarbeiter sollen ermäßigt werden. In einer Konferenz der Direktion der holländischen Schiffsahrtsgesellschaft mit der Verwaltung des Transportarbeiterbundes ist es den Vertretern des Transportarbeiterbundes nicht gelungen, die Direktion anders zu bestimmen. Die Verwaltung des Transportarbeiterbundes hat bisher keine Entscheidung getroffen.

Trotz dieses Beschlusses bestimmte die Direktion doch wieder eine Anzahl Kollegen, die am Sonnabend, den 27., arbeiten sollten. In einem Anschlag erklärte sie, daß sie den Arbeitswilligen ausreichenden Schutz gewähren werde.

Die Arbeiter hielten ihren Beschluß. Keiner erschien am Sonnabend auf der Arbeitsstelle.

Nun erklärte die Direktion die gesamte Belegschaft als entlassen.

Auf Verlangen des DMB. findet am 29. eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß statt. Die Direktion wendet sich mit dem Betriebsrat zu verhandeln. Nur mit dem Metallarbeiterverband will sie sich unterhalten.

Die Arbeiter Lübeck müssen nun unbedingt Solidarität wahren. Der Kampf, der den Flenderarbeitern von der Direktion in frivolem Uebermut ausgedehnt worden ist, muß auf eine breite Grundlage gestellt werden. Die Arbeiter dürfen sich dabei nicht auf die bloße Abwehr des Streiches der Unternehmer beschränken, sie müssen darüber hinaus erkämpfen die völlige Kontrolle der Betriebe und der gesamten Produktion durch die Betriebsräte. Nur dadurch wird ein solch übermütiges Vorgehen der Unternehmer, wie wir es hier erleben, und wie es überhaupt jetzt auf der Tagesordnung in ganz Deutschland steht, unmöglich gemacht werden. Nur wenn sie so kämpfen, werden die Arbeiter sich wehren können gegen die jetzt ihnen bevorstehende Verleumdung durch Brodverweigerung und Steuerbrand.

## Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Verschleppungsversuche der Unternehmer.

Am 26. August haben im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen stattgefunden zwischen Regierungsvertretern einerseits und den Vertretern des Grubenkapitals und den Gewerkschaftsführern der Bergarbeiter andererseits. Die Unternehmervertreter gaben folgende Erklärung ab:

„Die bestehenden Lernerungsverhältnisse lassen in allen Bergbaubezirken eine Gehalts- und Lohnerhöhung als angemessen erscheinen, deren Durchführung und Höhe von den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Bergbauzweige und Meviere abhängig sein muß. Die Arbeitgeberseite ist bereit, in den einzelnen Bezirken sofort in Lohnverhandlungen einzutreten. Zu der Frage, ob die Verfindigung außerdem durch sofort zu beginnende Verhandlungen gefördert werden kann, werden die Arbeitgeber baldigt Stellung nehmen, die Arbeitgeber des Kohlenbergbaues gelegentlich der unmittelbar bevorstehenden Sitzung des Reichskohlenverbandes am 30. August.“

Die Durchführung und Höhe der Lohnzulage soll also nach den Unternehmern abhängig sein von den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Meviere. Daraus dürfen sich die Bergarbeiter nicht einlassen. Bei der unkontrollierten Produktionsweise können ihnen die Grubenkapitalisten den größten Schaden bereiten über die „wirtschaftliche Unrentabilität“ ihrer Betriebe. Die Bergarbeiter müssen rücksichtslos das fordern, was sie zum Leben unbedingt nötig haben: das Existenzminimum.

Aus dieser gezwungenen Erklärung, die ängstlich jeden greifbaren Vorschlag betreffend der zu gewährenden Zugeständnisse vermeidet, geht unzweifelhaft hervor, daß die Unternehmer die Lohnbewegung nur verschleppen wollen. Die Bergarbeiter müssen auf sofortige Lohnerhöhung dringen und den Grubenbaronen nicht die nötige Zeit lassen, sich auf einen eventuellen Streik genügend vorzubereiten. Außerdem macht die täglich steigende Lernerungsverhältnisse einen sofortigen Ausgleich notwendig, wenn die Bergarbeiter nicht ganz im Elend verkommen wollen.

## Generalstreik in Straßburg.

Paris, 30. August.

Nach einer Havasmeldung aus Straßburg ist heute nacht in Straßburg der Generalstreik ausgebrochen. Das Elektrizitätswerk hat sofort die Arbeit eingestellt und die Stadt lag in tiefem Dunkel. Heute morgen verkehrten keine Straßenbahnen.

Der Ausfall der Elektrizitätsarbeiter wurde als Sympathiestreik für die seit mehreren Wochen ausständigen Metallarbeiter unternommen. Da es nicht möglich war, zu einer Verfindigung mit der Gewerkschaftskammer zu kommen, hatten die Arbeitgeber den Präfekten um Vermittlung ersucht, aber die Gewerkschaftskammer lehnte die Vermittlung ab. Darauf beschloßen die Elektrizitätsarbeiter in einer nächtlichen Versammlung, sofort in den Ausfall zu treten.

## Berühmte Streiklage in Kiel.

Die Ausfichten auf eine baldige Beilegung des Streiks in den Kieler Kleinbetrieben sind nicht sehr aussichtslos. Die Lage hat sich beruhigt, verschiedene Betriebe der Textilbranche und Zementfabriken sind hinzugekommen. Die Zahl der freitenden Arbeiter hat sich also vergrößert.

## Metallarbeiter-Streit in Sömmerda.

Zeit Freitagmittag befindet sich die gesamte Belegschaft der Rheinischen Metallwarenfabrik im Streit. In Frage kommen 1400 Arbeiter.

## Die hiesiger Konferenz zur Beilegung von gewerkschaftlichen Jugendfragen.

Der AOB. hatte dafür gesorgt, daß zu dieser Konferenz, die sich mit Jugendfragen beschäftigen sollte, nur Delegierte von den Verbandsvorständen der Gewerkschaften anwesend waren, die längst das jugendliche Alter überschritten hatten. Von 160 Anwesenden waren 6-10 Jugendliche. Die einzelnen Referenten, W. A. H. E. Löwenberg (Aia), Weiskner (DMS.), Piech (GFW.), Sassenbach (AOB.) und der Diskussionsredner, freiten denn auch nur flüchtig die wirtschaftliche Lage der Jugendlichen und die Aufgabe der Gewerkschaften, die Lebenshaltung der Jugendlichen zu verbessern. Das Hauptgewicht wurde von diesen Jugendvertretern auf „Erziehungsfragen“ gelegt. Es gelte, die Jugendlichen zu besseren Menschen zu erziehen, ihre Berufsausbildung durch die gewerkschaftliche Schulung zu verbessern usw., kurz, es herrschte der Weimargeist der Arbeiterjugend.

Die wenigen Kommunisten (6 Vertreter waren anwesend) betonten, daß die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen die Hauptaufgabe, die Aufgabe der Gewerkschaften sein muß, alles andere ist vorerst nebensächlich, solange die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter noch hängen. In der Frage der Kartellbildung vertrat Sassenbach den Standpunkt, daß Kartelle der Jugendorganisationen gebildet werden sollen, aber mit Ausschluß der kommunistischen Jugend, da diese nie praktisch mitarbeiten (!!!). Das ging selbst den reformistischen Konferenzteilnehmern zu weit. Die kommunistische Jugend soll zu einer Aussprache geladen werden. Die kommunistische Jugend ist gewillt, praktisch mitzuarbeiten. Sie wird aber immer bestrebt sein, die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen in den Vordergrund zu stellen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie von den Kartellen deswegen ausgeschlossen wird.

„Mit Erzberger ist eine Etappe in der modernen Entwicklung Deutschlands beendigt. Jetzt wechselt die Szene, die Reaktion hat das Wort. So sieht in Deutschland der Fortschritt der Verfindigung aus.“

Ebenso wie die „Times“ bringt er alles dies im Zusammenhang mit den Kommunisten, berichtet über Jena und das Manifest des Parteitag und meint dann nicht so sehr mit Unrecht, die Unabhängigen hätten, um mit den Kommunisten Schritt zu halten, einen Aufruf gegen die Steuererhebung zu erlassen, was dem jetzigen Kabinett den Gnadenstoß geben müßte.

Dann kommen Berichte der Orgesch und Selbstschulungsgruppen in Oberschlesien, eine Meldung aus Gleiwitz, wo ein Waffenslager, schon das dritte, ausgehoben worden sei, und nach dem Bericht polnischer Blätter die Nachricht, daß Ortsgruppen des Vereins heimattreuer Oberschlesier beschlossen haben, von sämtlichen industriellen und Bergwerken die Entlassung aller Vorfindenden der polnischen Vereine und der sich mit der nationalpolnischen Bewegung befassenden Personen zu verlangen. Außerdem wurde behauptet, daß laut Aeußerung eines Mitglieds dieser Vereinigung Waffen im Ueberflus vorhanden wären, daß es sich um ein „vollständiges Panicommando“ in der Art verschiedener Orgeschverbindungen handle.

Eben heute erlassen die Heimattreuen folgende Mitteilung auf den Aufruf eines Genossen Stadtverordneten:

Mit der Orgesch oder ähnlichen Kampforganisationen haben die W.B. nicht das Geringste zu schaffen, ebenso fanden sie niemals in Verbindung mit dem obereschlesischen Selbstschutz. Wenn vereinzelte Untergruppen der W. B. h. D. feinerzeit Verbindungen mit dem obereschlesischen Selbstschutz anknüpfen, so geschah dies nicht auf Veranlassung der Hauptgeschäftsführung in Breslau. Wenn zahlreiche Mitglieder der W. B. aus sich heraus zum Schutz der bedrohten Heimat und ihrer Verwandten herbeigeeilt sind, so war dies ihre persönliche Sache. Die Organisation der W. B. h. D. hatte keinerlei Befugnis, in die persönliche Freiheit ihrer Mitglieder einzugreifen. Wichtig ist, daß der W. B. h. D. bei Beginn des 3. Kolonyputsch ihre Mitglieder zum Eintritt in die obereschlesische Abstimmungsliste aufforderten.

Eines Kommentars bedarf diese Berichtigung nicht.

(G.) Genf, 29. August.

Der Völkerverbund trat heute nachmittags 4 1/2 Uhr unter dem Vorsitz des Grafen Jshii zu seiner ersten Sitzung in außerordentlicher Session zusammen. Graf Jshii hob hervor, es könne kein Zweifel vorliegen, daß der Friedensvertrag an die ungeteilte Anerkennung Oberschlesiens an Deutschland oder Polen nicht gedacht habe. Es sei von vornherein die eventuelle Führung der Grenzlinie durch Oberschlesien in Aussicht genommen worden. Der Rat schloß zunächst nach Anhören des Berichtes des Grafen Jshii vor, den Präfekten zu ermächtigen, dem Vorsitzenden des Obersten Rates mitzuteilen, daß der Völkerverbund die Aufgabe, die ihm der Oberste Rat zugewiesen habe, annehme und durchaus mit dem Schreiben des Grafen Jshii vom 19. August einverstanden sei, und in dem dieser die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß der Völkerverbund diese Aufgabe annehme. Nach einem kurzen Meinungsaustausch beschloß der Rat sodann, die nächste Sitzung der außerordentlichen Tagung auf Donnerstag nachmittags anzusetzen.

# Gewerkschaftliches.

## Eine neue Unternehmerprovokation.

Zu der Aussperrung auf der Flenderwerft in Lübeck.

Nachdem die Unternehmer im Hochofenwerk und im Erzebergwerk vorgeführt haben, indem sie die Genossen Schmidt und Klann auf die Straße setzten, holen sie jetzt zu einem großen Schlage aus. Die Arbeiter der Flenderwerft wurden heute ausgesperrt.

Ende Juli trat die Direktion an den Betriebsrat heran und erklärte ihm, daß den Betriebe nur noch geringe Vorräte zur Verfügung stünden, und daß infolgedessen bis auf weiteres nur an 5 Tagen in der Woche gearbeitet werden solle. Der Betriebsrat sowie die gesamte Belegschaft erklärte sich damit einverstanden. Sie wollte dadurch vor allem verhindern, daß Entlassungen vorgenommen werden. Zur Bedingung wurde auch gemacht, daß alle Arbeiter am 6. Tage, dem Sonnabend feiern müßten, und daß keine Ausnahme gemacht werden dürfe. Schon am ersten Sonnabend, an dem die gesamte Belegschaft feiern sollte, brach die Direktion ihr Abkommen, indem sie 270 Arbeiter bestimmte, im Betrieb zu erscheinen und zu arbeiten. Alle bestellten Kollegen erschienen. Am nächsten Sonnabend wurden schon 500 Mann bestellt. Auch diese erschienen zur Arbeit.

Der Betriebsrat verhielt sich zunächst abwartend. Am Freitag, den 19. August, fand eine Betriebsversammlung statt, die sich mit der Angelegenheit befaßte. Inzwischen hatte die Direktion, entgegen der Entschloßung des Betriebsrates, sogar 60 Mann am Sonntag arbeiten lassen. Auch hierzu nahm die Betriebsversammlung Stellung. Sie beschloß gegen wenige Stimmen, daß nach wie vor die Vereinbarung mit der Direktion zu gelten habe, nach der die gesamte Belegschaft 5 Tage arbeiten solle, solange dem Betriebe nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, um das ganze Werk 6 Tage arbeiten zu lassen. Von dem Zeitpunkt an, wo die Mittel wieder vorhanden sind, sollte die gesamte Belegschaft wieder 6 Tage arbeiten.

Dieser Beschluß wurde schon am darauffolgenden Tage durchgeführt. Keiner der von der Direktion bestellten Kollegen — diesmal waren es 70 — erschien auf der Arbeitsstelle.

Am Dienstag, den 23. August, brachte die Direktion einen Anschlag heraus, der betonte, daß, wenn die von ihr zur Arbeit am Sonnabend bestimmten Kollegen nicht in den Betrieb kommen würden, sie zu Entlassungen schreiten würde. Am Donnerstag brachte der Betriebsrat seinerseits einen Anschlag heraus, in dem er erneut auf den Beschluß der letzten Betriebsversammlung hinwies, und aufforderte, ihn weiter durchzuführen, da neue Momente nicht eingetreten waren.

Jetzt erschien der Syndikus des Hauptwerkes in Venrath, ein Herr Hirsch, auf der Vorbildung. In einer von der Direktion gewünschten Betriebsratsitzung, an der dieser Herr teilnahm, erklärte er, daß der Betriebsrat in Venrath alles das ausführe, was die Direktion von ihm verlange. Er erwiderte, daß das in der Zukunft auch in Lübeck so sein würde. Wenn der Beschluß der Betriebsversammlung nicht umgeworfen werden würde, dann würde er, Herr Hirsch, die Leitung des Werkes übernehmen und er würde alle Konsequenzen ziehen. Der Betriebsrat verabredete dem Herrn auf diese Erklärung hin natürlich eine kalte Dusch. Da der Betriebsrat dem Verlangen des Herrn Hirsch natürlich nicht entsprechen konnte, verlangte dieser die sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung.

Die Betriebsversammlung fand kurz darauf auf dem Werk statt. Trotzdem der Direktor höchst verlangte, die Belegschaft solle sich damit einverstanden erklären, daß der Syndikus der Direktion einberufen, am Sonnabend jeweils einige Leute arbeiten sollten, beschloß die Betriebsversammlung gegen etwa 10 Stimmen, ihren alten Beschluß hochzuhalten, d. h. solange 5 Tage wöchentlich zu arbeiten, bis alle wieder 6 Tage arbeiten können.

# Breslauer Nachrichten.

## Die Eisenbahner lehnen die Bewilligung der Regierung ab.

Der Schrei nach den Weltmarktlöhnen wurde und wird noch immer heftig ausgestoßen vom ADGB. Wie ernst es diese Subhandlungsgemeinschaft mit diesem Kufe meint, zeigt die Verhandlung der Afa, des ADGB, mit der Regierung. Nicht nur, daß die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes um 1,50 M. nicht ausreicht, um die Erhöhung des Brot- und Kartoffelpreises wettzumachen, gehen diese Organe dazu über und sind mit 2, die ihnen die Regierung quädigst anbietet, zufrieden.

Die Eisenbahner wollen aber nicht verbungern, sie zeigen den Willen, wenn nötig, zu kämpfen. Eine Sitzung des Betriebsrates nahm untenstehende Entschliebung an. Eine Eisenbahnerversammlung für Breslau wird in dieser Woche endgültig über Annahme oder Abschluß beschließen.

### Entschliebung.

Die am 27. & 28. stattfindende Vollstung der Bezirksbetriebsräte, Bezirk Breslau, nimmt im Auftrage seiner Wähler Stellung zu der gegenwärtigen herrschenden Lebensmittel- und Bedarfsartikel-Teuerung und lehnt das Angebot der Regierung, den Eisenbahnbediensteten ab 1. 30 M. pro Stunde eine Mark mehr zu bewilligen, als zu gering erachtend ab.

Die Eisenbahner sind von jeher im Lohn zum Verhältnis der Teuerung zurückgeblieben und als Arbeiter 2. Klasse behandelt worden, welche nicht einmal die notwendigsten Bedarfsartikel für ihre Familien beschaffen konnten, und sich in bitterster Notlage befinden.

Wir fordern, um einigermaßen einen Ausgleich zur gegenwärtigen Teuerung zu schaffen, daß die von den Spitzenorganisationen aufgestellten Forderungen restlos bewilligt werden. Im Falle einer weiteren Verzögerung lehnt der Bezirksbetriebsrat jede Verantwortung ab.

Bezirksbetriebsrat der G.D.

**Lohnhöhung in der Breslauer Zigarettenindustrie.** Die Arbeiterschaft der hiesigen Zigarettenindustrie hatte unlängst den Unternehmern Lohnforderungen eingereicht. Bei der ersten Verhandlung wurden Lohnhöhungen von wöchentlich 15 Mark für weibliche Arbeiter und 30 Mark für männliche Arbeiter bewilligt. Da diese Zugeständnisse zu gering erschienen, lehnte die Arbeiterschaft ab und beauftragte die Verhandlungsleitungen, noch einmal mit dem Arbeitgeber-Verband der Zigarettenindustrie zu verhandeln. Bei der erneuten Verhandlung gelang es, noch weitere Zugeständnisse zu erreichen, mit denen sich die Arbeiterschaft in der Versammlung am Donnerstag, den 25. August, einstimmig einverstanden erklärte. Die Lohnhöhungen betragen für den Monat August wöchentlich 15 Mark für weibliche Arbeiter und 30 Mark für männliche Arbeiter. Die männlichen Arbeiter in der Tabakabteilung und Pfeifenmacher erhalten 35 Mark. Für den Monat September beträgt die Lohnhöhung 1. für Arbeiterinnen, die an Zigarettenmaschinen, Füllmaschinen und Bandrolliermaschinen beschäftigt sind, weitere 10 Mark pro Woche, 2. für Zigarettenpackerinnen und sonstige Hilfsarbeiterinnen weitere 5 Mark die Woche, 3. für alle männlichen Arbeiter weitere 20 Mark pro Woche.

## Aus der Provinz.

### Skandalöse Zustände im schweidnitzer Gefängnis.

Im schweidnitzer Untersuchungsgefängnis sitzen seit Monaten 8 Genossen. Sie sind 3. Z. nach der Kategorisierung verurteilt, 3. Z. anlässlich des Hinrichs der Kottel Fahrten am 1. Mai auf den Waldenburger Schächten. Nach der Verurteilung des Justizministers soll politischen Gefangenen besondere Erleichterungen gewährt werden. In Schweidnitz spürt man davon nichts. Mehrere Genossen dürfen nicht rauchen, sie dürfen, außer wöchentlich ein Buch aus der Gefängnisbibliothek, nichts lesen. Die Untersuchungsgefangenen und auch unsere Genossen werden zur Arbeit gezwungen. Sie können aber nicht wie die Strafgefangenen im Freien arbeiten, sondern müssen in der ständigen Einzelhaft ihr Penum erkränken. Wenn sie sich weigern, aber ihr Penum nicht erfüllen, werden sie disziplinarisch bestraft. Einer Genossen, die von Breslau Lebensmittel brachte, kam man derart unerschäm, daß nur der energischste Protest zur Folge hatte, daß man die Pakete abnahm.

Den Gipfel der Unverschämtheit der schweidnitzer Justiz stellt folgendes dar: Bekanntlich wurden die beiden Autodbesitzer Walter und Bischof vom Reichsgericht amnestiert. Die dankbare Konterrevolution, die besonders in der schweidnitzer Justiz ihre Burg hat, hatte nichts eiligeres zu tun, als diese verkommenen Menschenkinder als Gefangenenausseher im schweidnitzer Gefängnis einzuführen.

Einen blutigeren Hohn zur Illustration der Gemeinheiten der Konterrevolution gibt es in der Tat nicht. Die Autodbesitzer als Kronzeuge über revolutionäre Arbeiter.

### Der USA-Held Mint in Görlitz.

„Zwischenrußland und das russische Proletariat.“ Mit diesem Thema versuchte die freigewerkschaftliche Betriebsratzentrale Görlitz einen vollen Saal zu bekommen. Der „National-Leser“ Friedr. Mint soll den beiden Görlitzern klarmachen, wie wunderbar es sich doch in Deutschland lebt gegenüber in dem unter bolschewistischen Herrschaft stehenden Rußland. Und wunderbar brachte er es fertig, schwarz in schwarz die Zustände in Rußland zu schildern. Aber der Erfolg war nicht der von den Einberuenern gewünscht. Sollte die ganze Veranstaltung doch nur ein Abzweckungsmanöver gegen die immer weiter um sich greifende kommunistische Bewegung sein. Nachdem der Referent bei Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse einige Zahlenbeispiele, die ihm gerade so in den Arm kamen, nannte, zog er alles heran, was irgendwo den Anschein hatte, gegen die bolschewistische Herrschaft zu sprechen. Amüsant war die Feststellung, daß der deutsche Landwirt-arbeiter gegenüber dem russischen ein Proletarier sei. Ein paar Minuten später erklärte er wiederum, der deutsche Arbeiter sei noch nicht reich zur Ergründung der Nacht. Durch treffende Jurisprudenz fügte er bereits an zu halten. Nachdem er auch noch bittere Tränen über die angebliche Unterdrückung der politischen Meinung gewirkt hatte, schloß er noch seine „aufreibende“ Tätigkeit während seines Aufenthaltes in Rußland und anschließend sich, daß er nicht bereits eher seine angeblich bolschewistische Tätigkeit habe tun können. Mit dem Ruf zur Ewigkeit dieses Widerpruch dieses Arbeiterproletariats schloß er seine von geringem Beifall begleitete Ausführungen. In der Diskussion sprach Genosse Kellner-Görlitz. Er sprach zunächst jedem das Recht der Kritik an Rußland ab. Er sprach sich jeder Arbeiter die Frage vorlegte: „Was hast du bisher getan zur Befreiung der Arbeiterklasse?“ Man sollte in der jetzigen Zeit nicht klammern wie ein kleines Kind oder ein altes Soldat und nach Rußland zeigen, dem Land, wo die Arbeiterklasse es verstanden hat, sich gegenüber dem ganzen Weltproletariat zu behaupten und 4 Jahre dem Imperium des gewaltigen Weltimperiums standhalten. Zu treffender Kritik schloß er, wie wir Schiefer speziell die Augen offen haben sollten. Die ganze Zeit ist in Anspruch. Warum in dieser Zeit einer derartigen Vortrag zu halten, was die deutsche Arbeiterschaft doch ausschließlich nur über ein einziges Thema interessieren sollte: „Die schließt wir das kapitalistische Joch

und ab, ehe wir der vollständigen Vereindung anheimfallen.“ Die augenblickliche Steuerkampagne, die unerhörte Teuerung, das provozierende Auftreten der Unternehmer, alles das sollte die Gewerkschaften und speziell die Betriebsratzentralen in der Jetztzeit so ausgiebig beschäftigen, daß ihnen zu solchen Jammerreden wahrhaftig die Zeit zu kostbar wäre. Genosse Melzer schilderte die verräterische Haltung eines Graßmann, Dignmann und Konsorten, die erst den kapitalistischen Staat wieder aufbauen wollen um dann langsam, damit nicht weh tut, in den Sozialismus hineinzuwachsen. Sie geben damit zu, daß der Kapitalismus am Boden liegt, sonst brauchte man ihn ja nicht aufzubauen. Wenn es aber nun schon soweit ist, dann sind eben die Verhältnisse reif zur Revolution. Die Ausführungen wurden oft von Beifall unterbrochen. Treffend wiederlegte Gen. Melzer auch den Schwindel von dem Terror

## Arbeiter Schlesiens!

Noch sind die Mörder von Garris und Gütt nicht gefunden, nicht bestraft. Noch ist der Mord an dem Genossen Schottländer ungeführt. Die Brutalitäten der Autodbesitzer bekommen von der reaktionären Justiz Verforgungen als Gefangenenausseher.

## Bischof und Walter, die beiden Schindelnächte des Autod sind im schweidnitzer Gefängnis Bögle über revolutionäre Arbeiter.

Tausende von Nordboten hat die Konterrevolution auf dem Gewissen. Erzberger, den sie als Mann des „Ausgleichs“, der Annäherung zwischen Arbeiter und Bürgern am meisten haßten, haben die Hintermänner der „Schlesischen Tagespost“, der „Schlesischen Zeitung“ gemeinhalt.

Diese beiden Blüten der rücksichtslosesten Reaktion entrückten sich über den Terror in Rußland. Sie brauchen sich nur in Deutschland umzusehen. Tausende von „legalen Erschießungen“ revolutionärer Arbeiter haben diese Banditen auf dem Gewissen.

Hunderte sind der reaktionären Mörderzentrale, die man so gerne den Kommunisten in die Schuhe schieben wollte, zum Opfer gefallen. Die kommunistische Partei und ihr Organ:

## „Die Schlesische Arbeiterzeitung“

führen einen entschlossenen Kampf gegen dieses reaktionäre Gefindel. Weil sie konsequent vorgehen und nicht wie andere „Arbeiterblätter“ Stehmännchenakt verfochten, werden sie gehetzt und verfolgt. Man schmeißt ihre Führer in die Gefängnisse. Ein Prozeß gegen die Redakteure der

## Schlesischen Arbeiter-Zeitung

heißt den andern. Wegen unglücklicher Bildung einer Kampforganisation sitzen noch 10 Genossen in der Breslauer Bastille. Angesichts des frechen Auftretens des Selbstschutzes, der Urgesch, der menschenverachtenden Konterrevolution, ist dies ein Hohn, eine Brutalität.

Arbeiter! Angesichts der besonders auch in Schlesien besonders frech auftretenden Junkerclique gibt es nur entschlossenen Kampf bis zur restlosen Befreiung jeden Einflusses dieser Banditen auf Justiz, Verwaltung und Polizei.

Die Brutalitäten des „Stahlhoblers Lubendorf“, der am Freitag, dem 22. August, im Schiffsverein wieder eine nationallistische Fehde halten will, ist die Reichwehr. Brechen wir den Einfluß der Generale, der Junker durch die einige, geschlossene Macht der Arbeiter.

Stützt die Reihen der Avantgarde des Proletariats,

## die kommunistische Partei

leht und verbreitet ihr Organ, die

## „Schlesische Arbeiter-Zeitung“

der kommunistischen Partei in Rußland. Auf 200 Einwohner kommt ein Kommunist und da glaubt jemand, daß sich 4 Jahre lang ein Dösem wie das bolschewistische nur mit Gewalt halten könnte? Auch in diesem Punkte zeigte sich, mit welcher Naivität der Zuhörer der Referent redukte. Klar und deutlich wies Gen. Melzer dem Arbeiter den einzig berechenbaren Weg zur Befreiung der eienenden Ausbeutung: den unumgänglichen Kampf gegen Klasse. Lebhafter Beifall sollte seinen Worten Anerkennung. Im Schlußwort drehte und wand sich der Referent um wenigstens etwas die Sympathie der Versammlung zurückzugewinnen, aber es gelang ihm nicht mehr recht. Ein Jugendbündnis entschloß sich ihm noch, daß nämlich an Koskes Hände Arbeiterblut lebt. Das hatten wohl die Einberuener und ihre braven Schächten nicht erwartet und deshalb in auch in dem Versammlungsbericht den die menschewistische „Görlitzer Volkszeitung“ wegen Anwesenheit erst zwei Tage später bringt, nicht mehr vom „Genossen“ Mint die Rede, wie es immer in den Aufkundigungen so nett angedrückt war, sondern nur noch vom „National-Leser“ und „Referent“.

Freiburg. Am Donnerstag fand eine Versammlung, veranstaltet vom Gewerkschaftsrat statt. Thema: „Arbeitsgemeinschaft, deren Schaden und Nutzen.“ Der Metallarbeiter-vorstand von Breslau, Kollege Wierich, sollte als Referent den Nutzen der Arbeitsgemeinschaft vorführen. Er war aber verhindert durch den Streik bei Linke & Hofmann. Den Schaden der Arbeitsgemeinschaft behandelte als Referent der Kollege Grassie-Berlin von der Gewerkschaftszentrale der SPD. In seinen einfühlsamen Ausführungen führte er den Versammelten die Lohnpolitik vor dem Krige vor. Augen. Diefelbe war bestrebt, den Kollegen so viel als möglich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Er ging dann mit kurzen Worten auf den Krieg ein, wie dabei die Gewerkschaften sich auf den Burgfrieden stützen, den Kollegen und Kolleginnen die Durchhaltepolitik der obersten Verwaltungsungen predigten. Er kam auf die Streiks zu sprechen, die wegen der Ernährung in Berlin, wie im Reich, stattfanden, wie dieselben von seiten des ADGB bekämpft, jabierte wurden, auf das famose Hilfsdienstgesetz. Er behandelte die Frage der Arbeitslosen sowie der Kurzarbeiter und was in dieser Frage der ADGB getan hat. Er kam auch auf die 10 Punkte, die der ADGB aufgestellt hat und was bis heute schon in dieser Frage getan worden ist für die Durchführung derselben, und daß diese Punkte genau auch dieselben sind, die schon fast vor 8 Monaten die SPD herausgebracht hat. Endlich mühte man dazu übergehen, die kleinen Streiks auf eine größere Kampflinie zu bringen und sofort mit großen Streiks den Unternehmern Paroli bieten. Aus allen seinen Ausführungen konnte man so richtig wahrnehmen, wohin und diese Bürokraten gebracht haben. Auch kann man sich ein Bild machen über den Nutzen der Arbeitsgemeinschaft, den uns schon einmal der Kollege Wierich in kurzen Ausführungen plausibel machen sollte. In der Diskussion hatte sich niemand zu Worte gemeldet. Mithin mußte man annehmen, daß die zahlreich Versammelten mit den Ausführungen des Genossen Grassie einverstanden waren.

Landeshut. Durch Verhandlungen sind nun endlich den hiesigen Malern Zugeständnisse gemacht worden, welche zur Beilegung des Streiks geführt haben. Es wurden bewilligt pro Stunde 1 Mark Zulage, die Vereinbarung gilt bis 15. Oktober dieses Jahres. Damit hat ein kurzer, aber entschlossen geführter Kampf mit Erfolg geendet.

Landeshut. Allen Kollegen und Kolleginnen zur Kenntnis, daß bis auf weiteres Rechtsauskunft im Arbeitersekretariat nur erteilt wird jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 8-1 Uhr. Die Bibliothek ist geöffnet jeden Freitag von 6-8 Uhr nachmittags. Genaue Beachtung dieser Fristen ist notwendig.

## Aus dem Waldenburger Revier.

Waldenburg. In einer am 26. August stattgefundenen Mitgliederversammlung der Bauarbeiter des Kreises Waldenburg wurde Bericht gegeben über die Lohnverhandlungen. Kollege Schulz betonte gleich von vornherein, daß es der übliche Kuhhandel gewesen sei. Ein Teil der Unternehmer verschwand schon vor Abschluß. Als Ergebnis, das nicht im geringsten ausreichend sei, wurde die Erhöhung des Lohnes um 1 M. pro Stunde erzielt.

Als unbedingt und sofort erforderlich wurde ein einheitlicher Lohnkampf, geführt vom ADGB, gefordert. Eine dementsprechende Entschliebung wurde an den ADGB telegraphisch entandt.

Bei der Aufstellung eines Kandidaten als 2. Geschäftsführer wurde Genosse Bahig und Kollege Bertsch in die engere Wahl genommen. Die Wahl findet in der nächsten Mitgliederversammlung statt.

### Versammlungskalender.

SPD. Breslau. Distrikte 12, 9, 3a, 4/14. Freitag, 2. September: Distriktsabende. Vollzählig erscheinen.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, c. S. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichshab-Druckerei, G. m. b. H. Berlin SW 48.

Ich bestelle hiermit ... Exemplar der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name: \_\_\_\_\_ Beruf: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_ Straße und Hausnummer: \_\_\_\_\_

**Zeltgarten**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Einziges Sommerparieté in Breslau.

**Weibliche Hausangestellte jeder Art**  
Sucht für halb oder später Stadt. Hausangestellten-Bermittlung  
Abzifferkarte 1620, Junfermannstr. 41/42.



**Hölz' Anklagerede**  
gegen die kirchliche Gewissens.  
Nach dem fotografischen Bericht. — Mit einem Vorwort von Felix Kell.  
Vorlesender (zum Jungen Kell): Überlegen Sie sich Ihre Aussage genau! Es geht hier um den Kopf des Hölz.  
Hölz: Unanu! Nicht um meinen Kopf, nicht um ein Fußball Kleid und Kassen handelt es sich, sondern um eine Idee, um den Kampf zur Befreiung des Proletariats.  
(Zweiter Verhandlungstag).  
Zu beziehen:  
**Komm. Bucherei**  
Breslau V, Grabschmarkt. 45.

**Raulino Tabak**  
Einmal versucht, immer verlangt  
Für kurze Pfeife  
Schäg, roter Streifen 50 Gr. 2,50 Mark  
" lila " 50 " 2,75 "  
" grüner " 50 " 3,00 "  
" schwarzer " 50 " 4,00 "  
Zu haben in den Zigarren-Geschäften  
Betreitung für Schlesien:  
**Eurt Friedlaender, Breslau 13**  
Gartenbergstraße 10 Fernsprecher: Ring 361

Die Eisenbahner vor der Entscheidung!

Schlusssitzung des Parteitag.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Lage Sowjetrußlands und die Hilfsaktion

Zum 5. Punkt der Tagesordnung erhält das Wort

Genosse Friesland:

Die ungeheure Katastrophe, die durch die Dürre und die in Sowjetrußland eingetreten ist, hat die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf Rußland gerichtet.

Wir müssen uns vor allen Dingen mit der politischen Lage Sowjetrußlands befassen, denn gerade die russischen Probleme sind selbst bei unseren Genossen sehr wenig bekannt.

Die Bauernschaft hat im Verlauf der Revolution die verschiedensten Schwankungen durchgemacht.

Als die russische Regierung der Arbeiter und Bauern zur Macht kam, hatte sie als außenpolitische Aufgabe vor sich die Liquidierung des Krieges und als innenpolitische Aufgabe die revolutionären Ziele der Bauern zu erfüllen.

Nach der Beendigung des Krieges traten selbstverständlich die ökonomischen Fragen wiederum in den Vordergrund.

b) Erhöhung der Kinderzulage von 150 auf 200 Proz. = 600 M. also eine Gesamtzulage von 6810 M., ein Mehr von 1210 M. gegenüber der aufgestellten Forderung.

Ein Eisenbahnschaffner mit 4 610 M. Gehalt erhält 2676 M. Ein Ministerialrat mit 48 900 M. Gehalt erhält 6210 M.

Die Beispiele beweisen, daß anstelle der Ausgleichung der Gehälter von unteren, mittleren und höheren Beamten eine weitere größere Staffelung eintritt.

Die Regierung blieb gegenüber dem Sechzehner-Ausschuß mit ihrer Taktik bei den Verhandlungen vollkommen Sieger.

Die unteren Beamten und Arbeiter verlangen Antwort, warum wurde dieses Spiel von den Vertretern des DGB. sowie des ADGB. nicht verhindert?

Es zeigt erneut die feige Politik der Gewerkschaftsbürokratie. Die bewilligten Zulagen für die unteren Beamten und Arbeiter reichen nicht einmal aus, um die in den letzten Wochen eingetretene Preissteigerung auszugleichen.

„In Zeiten der Erregung läßt man sich leicht durch demagogische Redensarten zu etwas verleiten, was man bei ruhigem Nachdenken verdammt.“

Diese Worte unterschreiben wir voll und ganz. Wehe den Vertretern der Beamten und Arbeiter, die glauben durch demagogische Redensarten ihre Mitlieder irreführen zu können.

Die Hamburger Beamten und Angestellten lehnen die Zugeständnisse ab.

Hamburg, 29. August. Am Sonnabend fand eine gemeinsame Besprechung des Beamtensrats mit den Vorständen der sämtlichen hamburgischen Beamten- und Angestelltenorganisationen über die durch die Ergebnisse der Berliner Verhandlungen geschaffene Lage statt.

Die Kirche, siehst du, meine Freundin, hat höhere Zwecke als das Wohlbehinden kleiner Menschen.

„Ich glaubte, das Wohlbehinden der Menschen, das du ihre Seligkeit nennst, sei der höchste Zweck der Kirche.“

„Das Reich Gottes auf Erden zunimmt,“ antwortete der Pfarrer nach einigem Nachsinnen.

„Das un? nachdenken.“ jagte die Frau. „Das Reich Gottes? Im Reich Gottes sollen ja nur die Seligen Wohnungen haben.“

„Dann ist es übel bestellt mit der Weisheit der Weisen, denn was sollen sie antworten, wenn ein Kluger fragt, wenn alle Klugen in der Welt kommen und fragen werden.“

„Sie werden antworten, daß sie nichts wissen.“ flüsternte der Pfarrer.

„Das müßtest du laut sagen, und das hättest du heute in der Kirche sagen müssen.“

„Dann will ich mein liebes Gewissen zum Schweigen bringen.“ jagte der Pfarrer und küßte seine Frau, die gerade im Vorbau stand.

Höhere Zwecke.

Von August Strindberg.

2] Die Kirche, siehst du, meine Freundin, hat höhere Zwecke als das Wohlbehinden kleiner Menschen.

„Ich glaubte, das Wohlbehinden der Menschen, das du ihre Seligkeit nennst, sei der höchste Zweck der Kirche.“

„Das Reich Gottes auf Erden zunimmt,“ antwortete der Pfarrer nach einigem Nachsinnen.

„Das un? nachdenken.“ jagte die Frau. „Das Reich Gottes? Im Reich Gottes sollen ja nur die Seligen Wohnungen haben.“

„Dann ist es übel bestellt mit der Weisheit der Weisen, denn was sollen sie antworten, wenn ein Kluger fragt, wenn alle Klugen in der Welt kommen und fragen werden.“

„Sie werden antworten, daß sie nichts wissen.“ flüsternte der Pfarrer.

„Das müßtest du laut sagen, und das hättest du heute in der Kirche sagen müssen.“

„Dann will ich mein liebes Gewissen zum Schweigen bringen.“ jagte der Pfarrer und küßte seine Frau, die gerade im Vorbau stand.

„Das kannst du nicht,“ antwortete die Frau, „nicht, so lange du mich liebst, und am wenigsten auf die Art.“

„Sie stampten den Schnee von den Füßen und betreten das kleine Pfarrhaus, wo sie von zwei gesunden Kraben empfangen wurden.“

Der Pfarrer legte den langen Kirchenrod ab und zog einen bürgerlicheren an, in dem er sich jedoch niemals vor einem Gemeindevorstand zeigte.

„Das müßtest du laut sagen, und das hättest du heute in der Kirche sagen müssen.“

„Dann will ich mein liebes Gewissen zum Schweigen bringen.“ jagte der Pfarrer und küßte seine Frau, die gerade im Vorbau stand.

„Das kannst du nicht,“ antwortete die Frau, „nicht, so lange du mich liebst, und am wenigsten auf die Art.“

„Sie stampten den Schnee von den Füßen und betreten das kleine Pfarrhaus, wo sie von zwei gesunden Kraben empfangen wurden.“

„Wie das gute Mittagessen und man setzte sich zu Tisch so froh und zufrieden mit der Welt und miteinander, als sei nie ein Herz um höhere Zwecke gebrochen worden.“

Der Schnee war geschmolzen, die Erde dampfte und garte vor Zeugungslust.

„Ich glaubte, das Wohlbehinden der Menschen, das du ihre Seligkeit nennst, sei der höchste Zweck der Kirche.“

„Das Reich Gottes auf Erden zunimmt,“ antwortete der Pfarrer nach einigem Nachsinnen.

„Das un? nachdenken.“ jagte die Frau. „Das Reich Gottes? Im Reich Gottes sollen ja nur die Seligen Wohnungen haben.“

„Dann ist es übel bestellt mit der Weisheit der Weisen, denn was sollen sie antworten, wenn ein Kluger fragt, wenn alle Klugen in der Welt kommen und fragen werden.“

„Sie werden antworten, daß sie nichts wissen.“ flüsternte der Pfarrer.

„Das müßtest du laut sagen, und das hättest du heute in der Kirche sagen müssen.“

„Dann will ich mein liebes Gewissen zum Schweigen bringen.“ jagte der Pfarrer und küßte seine Frau, die gerade im Vorbau stand.

„Das kannst du nicht,“ antwortete die Frau, „nicht, so lange du mich liebst, und am wenigsten auf die Art.“

„Sie stampten den Schnee von den Füßen und betreten das kleine Pfarrhaus, wo sie von zwei gesunden Kraben empfangen wurden.“

geben, wenn man sie nicht benutzen soll.“

„Ja, nicht braucht man sie, um damit zu lesen.“

„Nein, aber Schnee zu schmelzen, Holz zu hauen, die Erde zu graben, keine Kinder zu tragen und sich zu verteidigen, dazu hat man sie erhalten, und es tragt sich selbst, wenn man sie nicht gebraucht.“

„Still,“ jagte die Frau, und legte einen Finger auf den Mund, „die Kinder hören dich.“

„Der Mann nahm seine Mütze ab und wuschte sich den Schweiß aus der Stirn.“

„Du sollst dein Brot im Schweiß deines Angesichts essen, so steht es geschrieben. O, wie schön ich schwitze! Das ist etwas anderes, als wenn die Angst, den Sinn eines dunklen Wortlautes nicht finden zu können, einem kalten Schweiß durch den Haarboden jagt.“

„Still,“ sagte die Frau, wieder warnend, und setzte hinzu, um den gefährlichen Lauf des Gesprächs abzulenken: „Du hast deine Blumen von den Zwangsäden befreit, aber du hast die armen Tiere vergessen, die den ganzen Winter im dunklen Stall gefangen haben.“

„Das ist wahr,“ jagte der Pfarrer und stellte die Hade fort, „aber dann müssen die Kinder heraus und leben!“

Obne zu zögern, ging der Pfarrer nach dem Viehhof, das ganz hinten an der Gebäudereihe lag, aus welcher der Hof bestand; da löste er die beiden Rufe, öffnete den Eschastall und den Kalbfständer und ging dann auf den Hof und öffnete von außen die Luke zum Schweinestoben.

„Das müßtest du laut sagen, und das hättest du heute in der Kirche sagen müssen.“

„Dann will ich mein liebes Gewissen zum Schweigen bringen.“ jagte der Pfarrer und küßte seine Frau, die gerade im Vorbau stand.

(Fortsetzung folgt.)

absolut kein Zurückweichen von der alten kommunistischen Politik. Es handelt sich darum,

alle vorhandenen Kräfte in den Dienst des Aufbaus zu stellen.

Bei der Frage der Aufstellung der Roten Armee tauchte ebenfalls dieselbe Frage auf. Damals handelte es sich darum, die militärischen Kräfte des zaristischen Heeres in den Dienst der Roten Armee zu stellen. Das ist heute die wichtigste Frage: Wird das russische Proletariat instande sein, alle vorhandenen geistigen und ökonomischen Kräfte in seinen Dienst zu stellen? Die Kritik, die auf dem Weltkongress von ausländischen Delegierten an der Politik der KKP. geübt worden ist, brach in sich selbst zusammen. Selbst die Genossen Roland-Hoffst erkannte die Wichtigkeit der russischen Politik. Es ist selbstverständlich, daß die lange Dauer des Bürgerkrieges zu Erschöpfungsercheinungen geführt hat und ungeheuer die Aufbaubarkeit erschwert. Die Möglichkeit eines ruhigen und sicheren Aufbaus hängt davon ab,

daß die Arbeiterklasse in allen Ländern erkennt, daß sie alles zu tun hat, um jeden Angriff gegen das russische Proletariat zu verhindern.

In der Frage der Hilfsaktion gegen die russische Hungerskatastrophe haben wir von Anfang an versucht, eine gemeinsame Aktion der Arbeiterschaft

zu erreichen. Es ist wesentlich für die Sicherung der Revolution in Rußland, daß die russischen Arbeiter und Bauern erkennen, daß sich mit ihnen die Arbeiterklasse der ganzen Welt solidarisiert. Wenn die Gewerkschaften die Herstellung der Einheitsfront in dieser Frage sabotiert haben, so taten sie es aus ganz bestimmten politischen Gründen. Es ist ihnen selbstverständlich viel lieber, wenn bürgerliche Vertreter nach Rußland zur Hilfeleistung geschickt werden und diese Gelegenheit zu konterrevolutionären Aktionen ausnützen, als wenn die Hilfsaktion des Proletariats den russischen Arbeitern das Klassenbewußtsein stärkt. Wir müssen mit aller Energie auf diese politischen Intrigen der Gewerkschaftsführer hinweisen. Das Proletariat der ganzen Welt muß alle Kräfte anspannen, um den russischen Brüdern nicht durch Resolutionen, sondern durch tatsächliche Hilfe Unterstützung in ihrem Kampf zu bringen.

Von den Kleinbäuerlichen Sozialisten wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die russische Regierung in Verhandlungen mit ausländischen Kapitalisten eingetreten ist, um dadurch beweisen zu wollen, daß die Politik der russischen Kommunisten keine sozialistische sei. Wir müssen den Arbeitern sagen, daß selbstverständlich die russische Regierung sehr gern verzichten würde, mit den ausländischen Kapitalisten zu verhandeln, daß sie es aber erst in dem Augenblick kann, da an Stelle der Kapitalisten in den west- und mitteleuropäischen Ländern das Proletariat getreten ist. Die beste Unterstützung erfährt die russische Revolution, wenn es ihr halb ermöglicht wird, mit einer freien deutschen Sowjetrepublik in Verbindung zu treten.

Ueber das Rezerat des Genossen Friesland fand keine Diskussion statt.

## Für die politischen Gefangenen.

Zu stürmischen Rundgebungen des Parteitagess gegen die weiße Schmachjustiz kommt es, als Genosse Menzel die Entschloßung für die politischen Gefangenen begründet. Genosse Menzel, der Gelegenheit hat, die Opfer der Märzaktion in den Zuchthäusern und Gefängnissen zu besuchen, schildert, welchen niederdrückenden Eindruck es auf ihn machte, wenn er sich von den gefangenen Genossen verabschiedet und wenn sie ihm zuriefen: „Laß meine armen Kinder nicht verhungern!“ und wenn er dann sehe, wie draußen

die Arbeiter noch lange nicht alles tun, um die Gefangenen zu unterstützen.

Sorgen Sie dafür, daß die Mittel für die rote Hilfe reichlicher fließen, als bisher!

Genosse Menzel schildert Johann unter Anführung einzelner Beispiele die Grausamkeit des Strafvollzuges, die in unserem „zivilisierten Lande“ üblich ist. Man hat so viele eingesperrt, daß man nun nicht weiß, was man mit ihnen tun soll. Die Gefangenen, die keine Beschäftigung erhalten, weil keine für sie da ist, sitzen den ganzen Tag von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends sich gegenüber und stieren sich gegenseitig an. Sie dürfen kein lautes Wort sprechen, sie können nicht tanzen, als sich gegenseitig anzupöbeln und anzujammern. Das ist eine Grausamkeit, wie man sie in keinem zivilisierten Lande für möglich halten würde. (Zürmische Entrüstungsstufe.)

Aber auch denen, denen es gelungen ist, eine Beschäftigung zu erhalten, geht es nicht viel besser. Ich habe Genossen gesehen, denen die Hände bluteten, weil sie die Arbeit nicht gewohnt waren. Wenn ihre Frauen in der Läden eine Waare oder dergleichen kaufen, dann denken sie daran, das dies das Blut unserer proletarischen Kämpfer ist, die sich die Hände blutig arbeiten müssen, um ihr Peinlich zu erfüllen und nicht gramlosen bisjohannischen Strafen unterworfen zu werden. Es ist keine Rede davon, daß die Erleichterungen, die in den Ministerialverfügungen für politische Gefangene angeordnet werden, unseren Genossen gewährt werden. In den meisten Fällen werden diese Verfügungen von den Kapitälen sabotiert. (Stürmische Witze.) Ich habe all den Arbeitern, die ich besucht habe, beim Heransgehen gesagt:

„Wir holen euch heraus!“

Aber ich bitte Sie: „Machen Sie das auch wahr!“ In der nächsten Zeit müssen im ganzen Lande Demonstrationen und Kundgebungen für unsere gefangenen Genossen stattfinden, die den Heeren Oberts in die Ohren schallen müssen: Wir verlangen von der kapitalistischen Republik keine Gnade. Aber wir verlangen, daß unsere Gefangenen, die wir mit Hundstärken zähren für unerschwinglich halten, die Freiheit wiederbekommen. (Zürmischer Beifall.) Der Parteitag stimmt einstimmig folgender Entschloßung zu:

„Die weiße Justiz hält Tausende unerschrockener revolutionärer Kämpfer in Zuchthäusern, Gefängnissen und Festungen. Es ist die Ehrenpflicht der ganzen deutschen Arbeiterschaft, diese Opfer der Unmenschen- und Klassenjustiz aus den Kerker zu befreien.“

Die Beschuldigungen der Regierung, die Artikel der Sondergerichte auszugeben, genügen der Arbeiterschaft nicht. Von einer Regierung, die konterrevolutionäre Mörder schickt, die alle offenen Heerde der bürgerlichen Republik bis zu den höchsten Rappeln frei herauslassen läßt, werden wir nicht „Bergabgegeben“. Wir verlangen nicht nur Befrei-

ung und Wiedergutmachung des Unrechtes: Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und Einstellung aller Prozesse gegen revolutionäre Kämpfer.

Der Parteitag der KPD. brandmarkt den Strafvollzug, der zu dem Unrecht der Verurteilung Grausamkeit und mittelalterliche Brutalität hinzuzählt.

Der Parteitag fordert die gesamte Arbeiterschaft auf, alle ihre Organisationen zu zwingen, gemeinsam mit der KPD. alle Nachmittel in und außerhalb des Parlaments anzuwenden bis der letzte gefangene Revolutionär die Kerkermauern verlassen hat.

Der Parteitag der KPD. fordert weiter das deutsche Proletariat auf, die „rote Hilfe“ tatkräftig zu unterstützen, um den gefangenen Revolutionären ihr hartes Los zu erleichtern. Die Arbeiterschaft darf nicht vergessen, daß sich die Eingekerkerten als lähne Pioniere für die Befreiung der Arbeiterklasse geopfert haben.“

Genosse Beder begründet eine Resolution zu den nächsten Aufgaben über die Einleitung einer Kampagne zur Aufnahme des Kampfes der Massen, um die im Manifest des Parteitagess niedergelegten Punkte.

Sobann wird die Resolution zu den Steuer- und Wirtschaftskämpfen in ihrer Gesamtheit gegen eine Stimme angenommen.

Ferner stimmt die Partei, folgender

## Resolution des Reichsausschusses der Erwerbslosenräte Deutschlands

einstimmig zu:

I.

Es muß unumwunden zugegeben werden, daß die KPD. in der Arbeitslosenbewegung nicht alle die Ziele erreicht hat, die sie sich auf dem Vereinigungsparteitag gesteckt hat. Es ist dies wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die noch im Aufbau begriffene Partei vorzeitig in schwere Kämpfe verwickelt worden ist. Hinzu kommt aber, daß noch nicht alle Parteigenossen trotz der eindringlichen Rede auf dem Vereinigungsparteitag, von der ungeheuren Bedeutung der Arbeitslosenfrage durchdrungen sind.

Die Arbeit in der Arbeitslosenbewegung ist insolge dessen nicht systematisch und energisch genug von den einzelnen Bezirksorganisationen durchgeführt worden. Die Lösung der Arbeitslosenfrage im Sinne der Herstellung der Einheitsfront zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden zum gemeinsamen Kampf für die Aufrechterhaltung und Verbesserung ihres Lebensunterhalte muß von der KPD. als der einzig revolutionären Partei unbedingt durchgeführt werden.

Welche Verantwortung bei der Lösung dieser Lebensfrage für die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf der KPD. lastet, geht daraus hervor, daß erstens KPD. und USPD. als offene oder verkappte Regierungsparteien die Interessen der Arbeitslosen hinter die Bedürfnisse des Staates und der Staatsverwaltung zurückstellen; daß beide Parteien trotz ihres großen Einigungswillens die wirkliche Einigung des Proletariats nicht wollen und durch ihr System der gewerkschaftlichen Vertrauensleute einen Keil zwischen die organisierten und unorganisierten Arbeitslosen treiben; zweitens, daß die KPD. durch ihre jetzt auch unter den Arbeitslosen betriebene antihilfsgerichtliche Propaganda die Arbeitslosenbewegung in ein anarchohysterisches, utopisches Fahrwasser bringt, die in ihrer Auswirkung direkt konterrevolutionär wirkt; daß sie weiterhin durch ihre Propaganda der Aktionsausführer ihre Parole: Heran aus den Gewerkschaften! und ihre Forderung gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ebenfalls einen Keil zwischen die organisierten und unorganisierten Arbeitslosen treibt.

II.

Aus all diesen Gründen muß die KPD. intensiver und tatkräftiger innerhalb der Arbeitslosenbewegung arbeiten. Es muß überall unbedingt die Fraktionsschöpfung der kommunistischen Arbeitslosen durchgeführt werden. Diese kommunistischen Fraktionen haben im engen Einvernehmen und mit tatkräftiger Unterstützung der Parteioorganisationen dafür einzusetzen, daß überall alle Arbeitslosen, organisierte wie nichtorganisierte, sich ihre eigenen Vertreter in Gestalt von Erwerbslosenräten wählen. Die Partei hat dann sofort mit allen Erwerbslosenräten, den örtlichen wie den zentralen, in Verbindung zu treten und die von den Erwerbslosenräten aufgestellten Forderungen und die von diesen eingeleiteten Maßnahmen zur Durchführung dieser Forderungen auf das energischste zu unterstützen und überall zu vertreten.

Der Reichsausschuß der Erwerbslosenräte Deutschlands.

Ein großer Beifall wird ein Manifest des Parteitagess „An die Vertriebenen in Stadt und Land“ beschloßen.

## Resolution zu den nächsten Aufgaben.

Der Parteitag fordert die Zentrale der KPD. auf, sofort eine Kampagne einzuleiten zur Aufnahme des Kampfes der Massen um die im Manifest des Parteitagess niedergelegten 12 Punkte.

Die Zentrale hat die gesamte Partei auf diesen Kampf einzusetzen. Dabei ist ungeschwächt sowohl lokal wie zentral an sämtliche wirtschaftliche und politische Organisationen heranzutreten mit der Aufforderung, klar und deutlich zu beantworten, ob sie mitarbeiten wollen an der Schöpfung einer kampfbereiten Einheitsfront zum Kampf um die 12 Forderungen. Beim Herantreten an die lokalen Körperlichkeiten der wirtschaftlichen und politischen Organisationen ist außer den obigen Forderungen die Zusammenfassung der lokalen Lohn- und Gehaltsbewegungen und gemeinsame Demonstrationen gegen die Not und für die Abschaffung aller Strafgesetze auf die Kriegsschuldigen zu fordern. Beim Herantreten an die zentralen Körperlichkeiten ist außerdem an diese Organisationsleitungen die Forderung zu stellen, ob sie bereit sind, im Falle der Ablehnung einzelner Organisationsleitungen ohne diese und trotzdem die kampfbereite Einheitsfront der weitestgehenden Massen zu organisieren und zu führen. Dabei muß im Sinne der grundsätzlichen Resolution zu den nächsten Aufgaben die KPD. überall die Vertikales der verschiedenen Betriebe und Gewerkschaften durch interparteiliche Wirtschaftskämpfe, die sich aus Delegierten aus den Betrieben und Büros zusammensetzen, in Föhrung bringen. Bezüglich der Organisationsleitungen, dann wird es die Aufgabe der wertvollen Massen sein, durch diese Konferenzen, die dann auf einem Reichstageskongress zusammenzutreten müssen, die kampfbereite Einheitsfront zu organisieren.

## Schlußrede des Genossen Bied.

Die Arbeit des 2. Parteitagess der KPD. ist getan. Nach Monate ihres Wirkens standen zur Kritik. Und hart und rücksichtslos, wie der Klassenkampf geführt werden muß, so ist auch unsere Kritik, die wir an uns selbst, an unserer Arbeit üben. Diese Rücksichtslosigkeit der Selbstkritik ist etwas ungewohntes für die bürgerlichen Parteien, weshalb sie in ihren Zeitungen stets von einer Krise in der KPD. faszeln, wenn nur hart gestritten wird um die zu erfüllenden Aufgaben. Bei diesem Gerede von der Krise in der KPD. und ihrem Zerfall ist lediglich der Wunsch der Vater des Gedanken und wieder einmal steht das Bürgertum am Grabe seiner Hoffnungen.

Der Streit, der in der Partei über die verschiedenen Fragen in den letzten Monaten und auf dem Parteitage geführt wurde, galt der Klärung der Anschauungen, der Beseitigung von Fehlern und Mängeln, der Konsolidierung der Partei. Das ist im wesentlichen erzielt worden. Stark und geschloßen ist die Partei aus dem heftigen Kampf der Meinungen hervorgegangen, der nicht ein Zeichen der Schwäche und des Zerfalls, sondern ein Zeichen der Stärke ist. In der Heftigkeit des Kampfes spiegelt sich nur die Größe der Probleme wieder, die das revolutionäre Proletariat zu lösen hat und bei deren Lösung die kommunistische Partei als Führerin vorangehen muß. Alle Kräfte, die lebendig wirken im Rahmen der Partei und auf dem Boden der revolutionären Kampfesdisziplin werden angezogen von der Partei — das kommt in der Wahl der Genossen Clara Zetkin in die Zentrale zum Ausdruck — alles was krank ist wird von der Partei abgestoßen — das kommt in dem Ausschluß von Geher und Diwells zum Ausdruck. — So haben wir den Parteistreit nicht zu bebauern, es heißt dabei nur verhindern, daß er sich nicht in unfruchtbare persönliche und nebensächliche Kritik verliert.

Der Parteitag hat gute Arbeit geleistet und neues Rüstzeug geschaffen für die kommenden Kämpfe. In den angenommenen Resolutionen und dem Manifest werden die Richtlinien für unsere große Aufgabe gezeichnet.

Es gilt jetzt hinauszugehen und in die Tat umzusetzen, was der Parteitag unter Anlehnung an die Beschlüsse des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale beschloßen hat. Es gilt, die Parteioorganisation zu stärken, damit sie ihre große Aufgabe als Kampforganisation erfüllen kann.

Durch die Märzaktion sind sowohl durch den Kampf, wie durch die gebrachten Opfer die Parteimitgliedschaften zu einer wirklichen Kampfgemeinschaft zusammengeschweißt worden. Das kommt auch symbolisch darin zum Ausdruck, daß der Parteitag einstimmig beschloßen hat, den Namen der Partei zu ändern. Die Bezeichnung „Vereinigte KPD.“ war bei der Gründung der Partei ein Kompromiß zwischen zwei Parteien. Heute sind die Parteimitgliedschaften bereits so miteinander verschmolzen, daß diese Bezeichnung überflüssig ist.

Wir sind als die kommunistische Partei Deutschlands die einzige Sektion der kommunistischen Internationale in Deutschland und unsere Aufgabe ist es, die Hoffnungen und Ansprüche zu erfüllen, die das deutsche wie das Proletariat der ganzen Welt auf und an uns stellt. Dabei dürfen wir kein Opfer scheuen. Wir gedenken der Opfer, die der Kampf bisher und besonders wieder in der Märzaktion von der KPD. gefordert hat. Wir geloben bei dem Gedenken an unsere gefallenen und eingekerkerten Genossen den Kampf mit aller Kraft fortzuführen, für den sie leiden und gefallen sind.

Heran an die Massen, sie gewinnen für unsere Anschauungen, sie vor dem Fatalismus zu bewahren, sie zu Kämpfern zu erziehen, sie in den Kampf zu führen gegen das Unternehmertum und seine staatlichen Hilfswerkzeuge, gegen die bewaffnete Konterrevolution, mit den Massen zu sigen über Glend und Knechtschaft, mit den Massen aufzubauen die kommunistische Gesellschaft, das ist die gigantische Aufgabe der kommunistischen Partei.

Daß jeder von uns das höchste Maß von Kraft und Zeit an die Erfüllung dieser Aufgabe setzen will, das fassen wir als Gelöbnis zusammen in dem Ruf: Es lebe die kommunistische Partei Deutschlands, die kommunistische Internationale, die Weltrevolution.

Die Delegierten stimmen begeistert in das Hoch ein und singen daran anschließend unter Orgelbegleitung die Internationale.

Darauf wurde der Parteitag geschloßen.

## Die Wahlen zum Zentralschuß.

Für den Zentralschuß bestimmt der Parteitag gegen zwei Stimmen:

1. Berlin-Brandenburg: Ruth Fischer, Otto Geichte und als Ersatzmitglieder: Adolf Maslow, Hans Pfeiffer.
2. Lausitz: Konrad Sychalla, Senftenberg, Ersatz: Erich Hansen.
3. Pommern: Wilhelm Oberdied, Ersatz: Max Andree.
4. Ostpreußen: Martin Hoffmann, Ersatz: Kurt Zimmermann.
5. Danzig: Leo Klinge, Ersatz: Artur Raube.
6. Schlesien: Bernhard Rühl, Ersatz: Erich Gentsch.
7. Oberschlesien: Anton Jaddach, Ersatz: Josef Smolla.
8. Ostgalizien: Bruno Schramm, Ersatz: Siegf. Hädel.
9. Ergeb-Logil.: Robert Sievert, August Borowski, Ersatz: Max Betermann, Gust. Hainbold.
10. Westgalizien: Max Ströbel, Ersatz: Willi Langrod.
11. Halle-Merseburg: Georg Schumann, Reinhold Schönland, Willi Zschje, Ersatz: H. Schmidt, Gust. Mangel, Rudolf Payer.
12. Magdeburg-Anhalt: Willi Ballstab, Ersatz: Aug. Heijninger.
13. Thüringen: Otto Geithner, Alfred Vogert, Ersatz: Josef Moje, Herwig.
14. Niederachsen: Theod. Gohr, Ersatz: Karl Hohnen.
15. Weidenburg: Herbert Mayenburg, Ersatz: Hans Fuchs.
16. Wasserlande: Ernst Thälmann, Hugo Uhrdachs, Ersatz: Joh. Hellerupp, Alois Schlichting.
17. Nordwest: Karl Jannad, Ersatz: Joh. Höder.
21. Mittelrhein: Peter Kiewes, Eugen Eppstein, Ersatz: Karl Hochstadt, Joh. Fels.
22. Hessen-Nassau: Ernst Kollweber, Ersatz: Hans Sippel.
23. Hessen-Darmstadt: Georg Zwilling, Ersatz: Fritz Meier.
24. Pfalz: Hans Weber, Ersatz: Peter Müller.
25. Baden: Jacob Ritter, Ersatz: Fritz Wejha.
26. Württemberg: Hans Tittel, Ersatz: Gustav Schröder.
27. Nordbayern: Josef Steimer, Ersatz: Johann Meyer.
28. Südbayern: keine Vorschläge.

Kampfsaktion: Adolf Maslow, Ersatz: Kurt Prastow. Die Vertreter von Ost- und Westfalen, Rheinland-Westfalen und Südbayern sollen auf Beschluß des Parteitagess vom Zentralschuß selber befragt werden.